



SÄCHSISCHE  
LANDESZENTRALE FÜR  
POLITISCHE BILDUNG



# zwei tausend 24

Jahresbericht



# Inhalt

<b>JAHRESRÜCKBLICK</b>	4	Gemeinsam für ein besseres Internet: Wie können wir konkret auf EU- Digitalpolitik Einfluss nehmen?	46
<b>SUPERWAHLJAHR</b>		KI und Demokratie: zwischen Untergang und Heilserwartung	50
„Die Wahlforen sollen einen Beitrag zur demokratischen Debattenkultur leisten“	18	<b>KvO</b>	
Europa im Dreiländereck: Wahlforum in Zittau	22	Kochen für Europa!	56
Schulvernetzungstagung im Superwahljahr 2024	26	„Menschen verlassen Afrika, weil sie dort keine Lebensgrundlage mehr haben“	58
Hass und Desinformation im Superwahljahr 2024	33	Wir sind ein Team. Politische Bildung mit polnischen und deutschen Grenzschützern	61
„Je mehr Social Media, desto mehr Fake News“ – Wie man vor Wahlen verlässliche Informationen findet	36	Vielfalt in Sachsen sichtbar machen! Religionsausstellung	62
Wahlen und Parteien in Sachsen	38	„Verfassungspatriotismus zwischen Freiheit und Verantwortung“	66
Meinungsstark aber noch nicht wahlberechtigt? – Plakatwettbewerb	40		
<b>MEDIEN</b>		Impressum	71
„Unsere jetzige Medienlandschaft existiert bald nicht mehr“	42		



Von Dr. Roland Löffler

**2024: Das war das große Wahljahr mit Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen in Sachsen sowie den Landtagswahlen in den benachbarten Bundesländern Thüringen und Brandenburg. Eine Herausforderung für Politik, Presse und auch für die politische Bildung.**

**Der bundesweite mediale Blick war auf den Osten Deutschlands gerichtet, versprach der Ausgang der Wahlen doch aufschlussreiche Trends für die Bundespolitik zu geben. Und so kam es denn auch. Mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht für Vernunft und Ge-**

**rechtigkeit (BSW) gewann eine politische Neugründung in bemerkenswertem Tempo an Zustimmung und ist heute an zwei Landesregierungen (Thüringen und Brandenburg) beteiligt. Die AfD erzielte hohe Ergebnisse, die sich bei der Bundestagswahl 2025 fortsetzten, während die Ampel-Parteien sowohl auf der Landesebene als auch in diesem Jahr bei der Bundestagswahl deutliche Verluste einfuhren. Die CDU hielt sich in Sachsen mit einem sehr knappen Vorsprung an der Spitze – und führt nun eine Minderheitsregierung mit der SPD an. Es lässt sich also durchaus mit Recht davon sprechen, dass der Osten eine Art Laboratorium für politische Trends in Deutschland ist und bleibt.**

## Wahlforen sind Markenkern der SLpB

Für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) sind Wahljahre besondere Zeiten. Wir haben 2024 wie geplant wieder unsere mittlerweile landesweit bekannten und gut angenommenen überparteilichen Wahlforen angeboten: 60 Landtagswahlforen, also in jedem Wahlkreis eines. Sieben Parteien mit den besten Wahlaussichten bzw. einer Vertretung im Landtag und/oder Bundestag waren für die Podien eingeladen. Je zwei Moderatoren bzw. Moderatorinnen, Security, ein Organisationsteam vor und hinter den Kulissen – eine Maschinerie wurde in Gang gesetzt. Bei der Landtagswahl arbeiteten wir in Partnerschaft mit der Leipziger Volkszeitung, der Sächsischen Zeitung und den Volkshochschulen Sachsens. Wir sind unseren Kooperationspartnern für die sehr gute und kollegiale Zusammenarbeit überaus dankbar.

Im Vorfeld der Europawahl boten wir vier Wahlforen an: drei mit sächsischen Kandidatinnen und Kandidaten sowie eines in enger und guter Zusammenarbeit mit dem Europa-Haus Leipzig e. V./Europe Direct Leipzig mit den bundesweiten Spitzenkandidaten auf dem Podium. Es waren bis zu neun Parteien eingeladen, die in Brüssel vertreten und in Sachsen verankert sind.

Neben einem breiten medialen Echo haben in 2024 auch der Vorstandsvorsitzende der Schader-Stiftung in Darmstadt, Alexander Gemeinhardt, und die Diplomatin und Gastdozentin an der Politischen Akademie in Tutzing, Katrin Buchholz, unsere landespolitischen Wahlforen kritisch-kollegial und mit Veröffentlichungen begleitet. Der Blick von außen, die externe Evaluation ist, wie wir auf den folgenden Seiten auch auszugsweise dokumentieren, wichtig für die Weiterentwicklung unserer Arbeit.



Zwei wichtige Punkte bei den Wahlforen: Moderiert wurde stets zu zweit und das Publikum bekam immer wieder Möglichkeiten zur Beteiligung. Fotos: Oliver Killig





Der Wahl-O-Mat zur sächsischen Landtagswahl startete am 31. Juli mit Spitzenpolitikerinnen und -politikern in der Landespressekonferenz im Sächsischen Landtag. Fotos: Oliver Killig

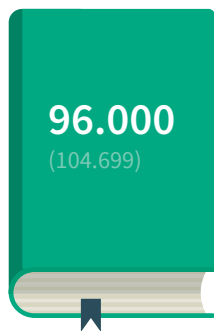


Die Wahlforen haben sich zu einer Art Markenkern der SLpB entwickelt. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger und zur Debattenkultur in Sachsen. Sie wurden ergänzt durch Online-Angebote, eine Schulvernetzungsstagung, zahlreiche Vorträge, ein Buch zu Wahlen und Parteien in Sachsen, eine Handreichung zu Fake News und Verschwörungstheorien im Wahlkampf, den Wahl-O-Mat (in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung) sowie inklusive Formate für Menschen mit Behinderungen. Zu nennen sind ebenfalls ein Plakatwettbewerb, über den Sie im Folgenden mehr erfahren sowie das Projekt „Wahlforum macht Schule“, an dem vier Schulen teilnahmen, die sich intensiv mit dem Thema Wahlen auseinandersetzten: vom selbstorganisierten, öffentlichen Wahlforum, bei dem Schülerinnen und Schüler den Kandidierenden „auf den Zahn fühlen“ bis zum Fachforum zu Fragen von Wahlrecht, politischer Kultur und aktuellen politischen Entwicklungen. Ziel war es, die Schülerinnen und Schüler in ihren Fähigkeiten zu stärken und die Perspektiven junger Menschen in den Wahlforen sichtbar zu machen.

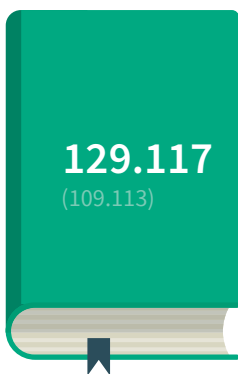


Das Resultat kann sich sehen lassen: Rund 7.000 Besucherinnen und Besucher bei den Landtagswahlforen sowie 540 analoge und 300 Online-Gäste bei den Europawahlforen belegen, dass die Formate ihr Publikum finden. Mit 674.000 Zugriffen stellte der Wahl-O-Mat zur Landtagswahl einen neuen Landesrekord auf. Auch die digitalen Angebote der Landeszentrale stießen im Superwahljahr 2024 auf außergewöhnlich großes Interesse: Die Website der SLpB verzeichnete allein 553.326 Besuche – so viele wie nie zuvor.

## Bücher



neu angeschaffte  
Publikationen



abgegebene  
Publikationen

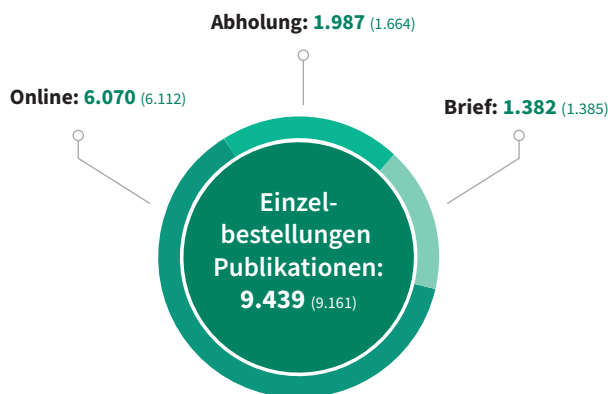
## Beliebteste Bücher 2024

Allgemeines Angebot



Auch im Bereich der Publikationen ging es bergauf: Vom Corona-Knick haben wir uns schrittweise erholt und 2024 aufgrund unserer verstärkten landesweiten Präsenz nun die Zahl von fast 130.000 abgegebenen Büchern erreicht – ein rekordverdächtiger Wert.

Drei weitere Neuerungen sollen nicht unerwähnt bleiben: Mit dem Projekt: „lesen – verstehen – handeln“ unternehmen seit November 2025 die SLpB und die Sächsische Landesfachstelle für Bibliotheken den Versuch, das politische Buch landesweit und kostenlos in öffentlichen Bibliotheken stärker an den Mann und die Frau zu bringen. Bereits rund 30 Bibliotheken sind mittlerweile am Start, die von uns ein Bücherpaket mit aktuellen Publikationen bekommen, die sie ihren Benutzerinnen und Benutzern zur Verfügung stellen.



## Regionalisierung und Internationalisierung

Besonders hervorzuheben ist im Rückblick eine Neugründung, die zur Verwirklichung unserer strategischen Ziele der Regionalisierung und der Internationalisierung der politischen Bildung von hoher Bedeutung ist: Im März 2024 eröffneten wir das Projektbüro Chemnitz – mit Reden der für die SLpB seinerzeit zuständigen Ministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Katja Meier (Bündnis 90/Die Grünen) sowie des Kuratoriumsvorsitzenden Oliver Fritzsche (CDU), MdL sowie in

Anwesenheit von weiteren Landtagsabgeordneten, zwei Fachbürgermeistern der Stadt Chemnitz sowie lokaler Prominenz. Wir sind sehr dankbar, dass uns Landtag und Staatsregierung die Mittel für den Betrieb eines Projektbüros zur Verfügung stellten, das im Kontext der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 einen substantiellen Beitrag zur europapolitischen Bildung in Chemnitz und Westsachsen leisten soll – und so das Angebot der Kulturhauptstadt GmbH ergänzt.

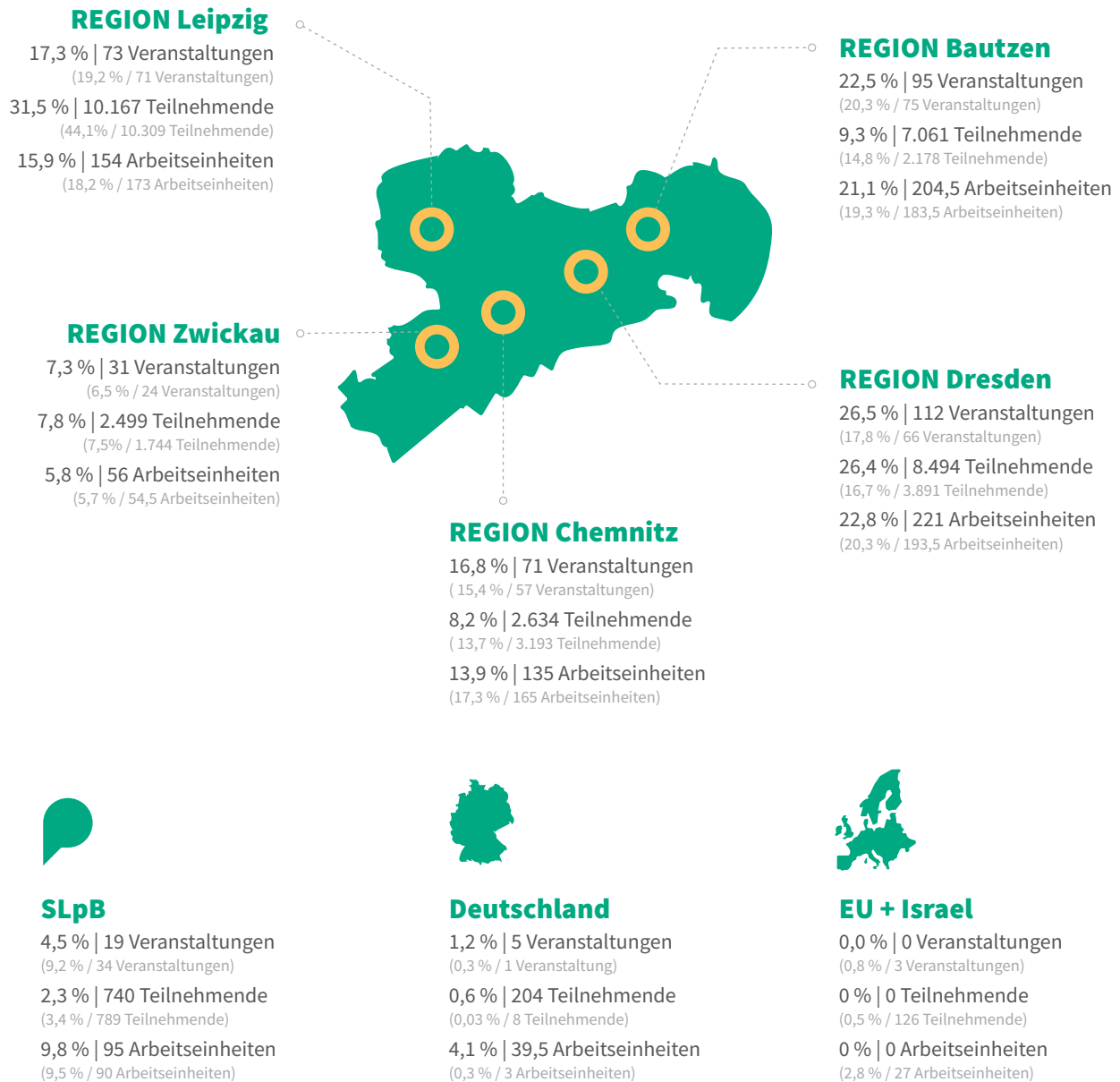



Am 7. März 2024 öffnete die SLpB das Projektbüro Chemnitz. Katja Meier, Ministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, übergab vor viel Publikum den Schlüssel an Dr. Christine von Brühl, Leiterin des Projektbüros Chemnitz und Dr. Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Fotos: Mandy Rüger

Mit der Reihe „Europa braucht Dialog“ bietet unser Projektbüro in Chemnitz ein breites Themenportfolio an europäischen und internationalen Themen an. Weitere europäische Akzente setzte die zweite trinationale Vernetzungstagung, die polnische, tschechische und deutsche Kolleginnen und Kollegen aus politischer Bildung, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenbrachte. Wir waren in der Breite des Landes nicht nur mit unserem bewährten

Projekt „Kontrovers vor Ort“ präsent, sondern auch mit der neuen Diskussionsreihe „Serbska Debata“. Erstmals in der Geschichte der SLpB haben wir ein eigenes Format für sorbische Themen mit sorbischen Akteuren auf die Beine gestellt, das für ein positives und breites Echo im sorbischen Volk sorgte. Unsere Partner waren die Sorbische Zeitung und die Stiftung für das sorbische Volk. Dieser Ansatz wird 2025 fortgeführt.

## Regionale Verteilung der Veranstaltungen

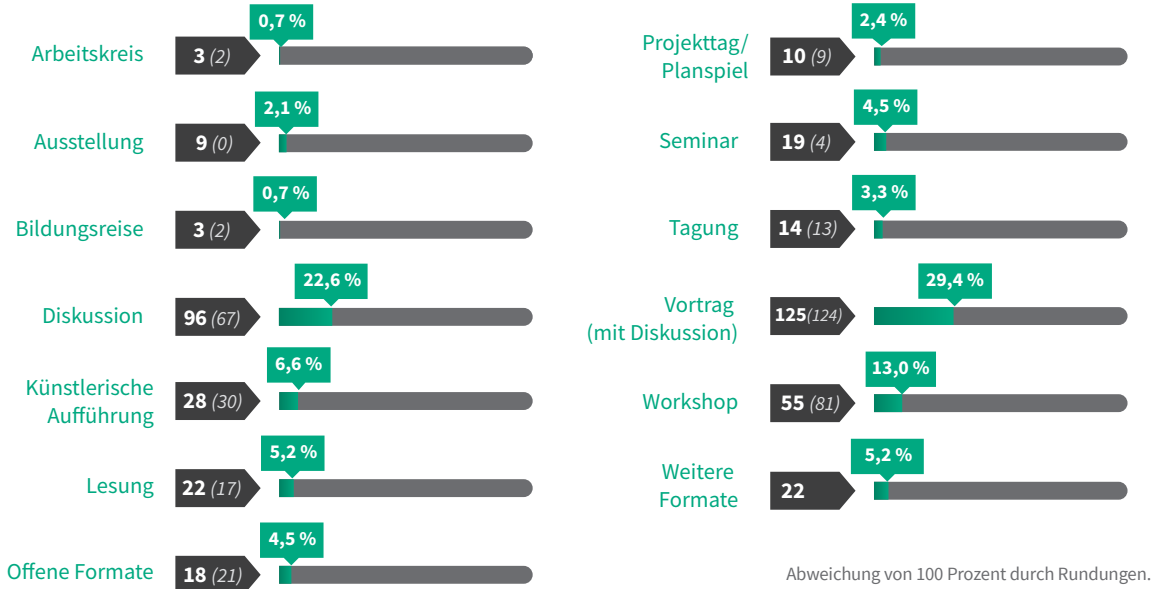




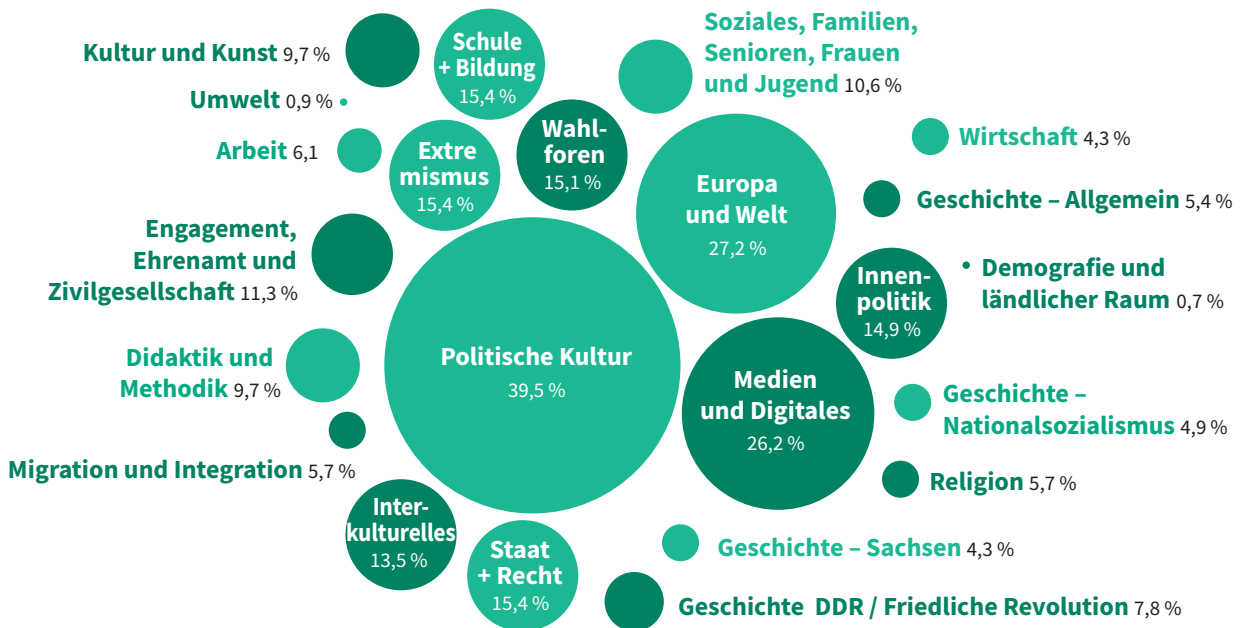
**Online**

<p>4,0 %   17 Veranstaltungen (10,2 % / 38 Veranstaltungen)</p>	<p>1,3 %   429 Teilnehmende (4,7 % / 1.087 Teilnehmende)</p>	<p>2,8 %   27 Arbeitseinheiten (6,4 % / 61 Arbeitseinheiten)</p>
---	--	--

## Veranstaltungsformen



## Veranstaltungsthemen



Die Grafik zeigt den Anteil der Veranstaltungen, welche sich mit dem jeweiligen Thema befassten. Zahlreiche Veranstaltungen behandelten überschneidenden Themen, wodurch es Mehrfachnennungen gab und die Summe aller Prozentwerte über 100 Prozent liegt.

## Neue Formate

Das Ziel, interkulturelle und interreligiöse Bildung zu stärken, wird seit Sommer 2024 mit der multimedialen Ausstellung „Sichtbare Vielfalt. Religionen in Sachsen“ umgesetzt. Anhand von acht Porträts, werden die acht Religionsgemeinschaften auf freistehenden, beleuchteten Stelen mit Fotos und einführenden Texten vorgestellt. Eine Website bietet vertiefende Inhalte (Fotos, Texte, Videointerviews) und didaktisches Material. Ergänzt wird dieses Angebot, das mit Partnern aus der evangelischen und katholischen Erwachsenenbildung sowie ARBEIT UND LEBEN Sachsen e. V. entstand, durch Workshops und Seminare (weitere Informationen ab S. 62).



Schließlich brachten wir zwei Podcasts im Laufe des Jahres an den Start: eine Fortsetzung von „Sechsmal Tschechien“, gemeinsam mit Radio Prag International, die uns die Nominierung für den deutsch-tschechischen Journalistenpreis einbrachte – und ein sieben-teiliger Podcast zu „Frauen Macht Geschichte“ zum Thema Frauenrechte, gemeinsam mit der TU Dresden.

Unter den vielen Angeboten zur Medienkompetenz ragten eine Konferenz zur Künstlichen Intelligenz, ein neues Buch zu „Medien in Sachsen“ und der gemeinsam mit zwei anderen Landeszentralen angebotene „Digital Fight Club“ heraus.



## Schwerpunkt historisch-politische Bildung

Ein wichtiger thematischer Schwerpunkt unseres Hauses liegt in der historisch-politischen Bildung. Ausdruck fand dies in einer großen Tagung anlässlich des 175. Jahrestags der gescheiterten Märzrevolution von 1848. Unter dem Titel „Das Königreich Sachsen 1848/49 – Dynamiken und Ambivalenzen einer Revolution“ widmete sich die Veranstaltung den vielfältigen historischen Bezügen zu Sachsen. Sie fand im April 2024 in unserem Haus statt – in Kooperation mit der TU Dresden und dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde. Im Laufe des Jahres 2026 wird ein Sammelband die Ergebnisse dieser Konferenz darlegen.

Den 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution beleuchtete ein fast einwöchiges Fachseminar in Schmochitz, ein von uns betreutes Podium bei den Deutsch-Deutschen Filmtagen in Plauen und Hof sowie der Podcast „Eva-Maria Zehrer im Gespräch mit ...“ Anlässlich des 75. Geburtstages des Grundgesetzes kooperierten wir – wie bereits zum 70. Geburtstag – mit dem Sächsischen Landtag. Anders als in den Vorjahren wurde der

Festakt nicht von einem prominenten Redner geprägt, sondern vom Ensemble ‚Opus 45‘ mit dem bekannten Schauspieler Roman Knižka, der aus Bautzen stammt, gestaltet.

Den Abschluss des historischen Angebotes bildeten Gedenkstättenfahrten in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Hochschule der Polizei – nach Mittelbau-Dora und erstmals auch ins hessische Imshausen. Partnerin ist dort die nach dem bekannten Widerständler und Diplomaten benannte Adam-von-Trott-Stiftung, die erinnerungsgeschichtliche und politisch-historische Seminare – gerade auch für die Polizei – anbietet. Der historische Sitz der Familie von Trott zu Solz nahe Bad Hersfeld ist als Ort unmittelbar mit dem demokratischen Denken im Widerstand gegen Hitler verbunden – etwa dank von Trotts Beziehungen zum „Kreisauer Kreis“. Diese Fahrten haben sich zu einem festen Bestandteil unserer Studienreisen-Angebots, unserer erinnerungskulturellen Arbeit, aber auch unserer wachsenden Zusammenarbeit mit der Polizei entwickelt.

## Entwicklungsziele



Auch wenn 2024 die Wahlen das dominierende Thema darstellten, gestaltete sich das Angebot der SLpB auch im letzten Jahr in bekannter Breite. Aufbauend auf dem Weiterentwicklungskonzept 2023, das im letzten Jahresbericht dargestellt wurde, entwickelte die SLpB ein breites Portfolio. Blickt man auf die genannten thematischen Schwerpunkte, so realisiert die SLpB auf diesem Gebiet die Ziele, die sie sich in ihrem Weiterentwicklungskonzept 2023 gesetzt hat: eine intensive thematische Arbeit in den Bereichen der Innen- und Engagementpolitik (Beispiel: Wahlen, Podcast zur Frauenpolitik, Serbska Debata), der Geschichte (1848, Friedliche Revolution, Erinnerungskultur), Europa/Internationales (Europawahlen, Projektbüro Chemnitz, Podcast Sechsmal Tschechien, Trinationale Vernetzungstagung) sowie im Bereich der interkulturellen Bildung (Ausstellung und Website „Sichtbare Vielfalt. Religionen in Sachsen“) und der politischen Medienbildung (Plakatwettbewerb, Digital Fight Club, Wahl-O-Mat).

Unsere Statistiken zeigen, dass wir auch unsere Entwicklungsziele im Bereich der Dezentralisierung, also mit einer regelmäßigen Präsenz in allen Teilen Sachsens, gut erreichen – konkret mit 423 statt 370 Veranstaltungen im Jahre 2023, die von über 32.000 Teilnehmenden besucht wurden. Einzig die Region Westsachsen konnte nur sehr leichte Zugewinne verbuchen und bleibt unsere Baustelle, um die wir uns mehr als zuvor kümmern müssen.

Ähnlich erfolgreich entwickelt sich auch unsere Arbeit im Bereich der Digitalisierung, die sich in wachsenden Besuchszahlen auf unserer Website und unseren Social-Media-Kanälen niederschlägt. Gleiches gilt für unsere Beiträge zur Internationalisierung und der Intensivierung der Partizipationsorientierung in der politischen Bildung, für die unser Kollegium immer wieder neue methodische Ansätze findet und diesen Anspruch wirklich „lebt“. Wir verfolgen also weiter die von uns selbst gesetzten Ziele.

# Entwicklung digitaler Kanäle 2024

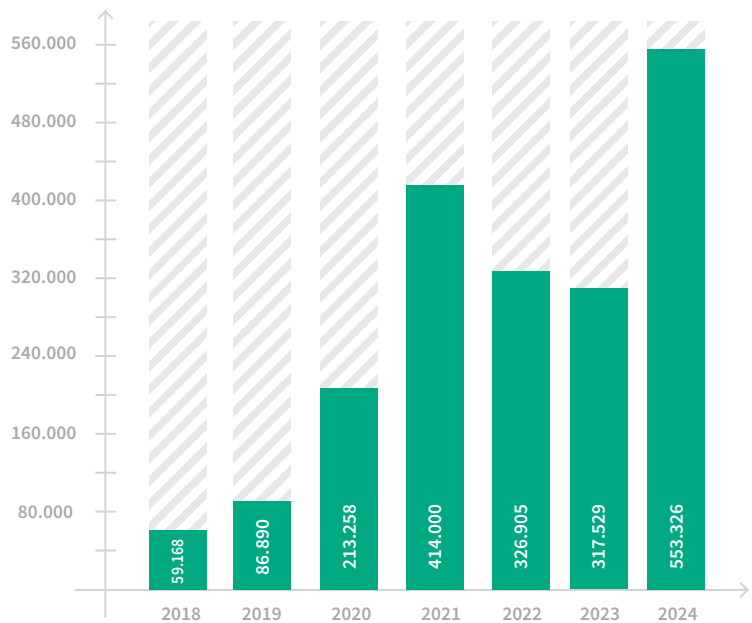
## Website

Die Besucherzahlen der Website der SLpB verzeichneten im Jahr 2024 einen deutlichen Anstieg auf 553.326 Besuche. Dies entspricht einem Wachstum von über 74 % gegenüber dem Vorjahr. Dieser neue Rekord spiegelt die hohe Aufmerksamkeit für das Superwahljahr 2024 mit Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen wider.

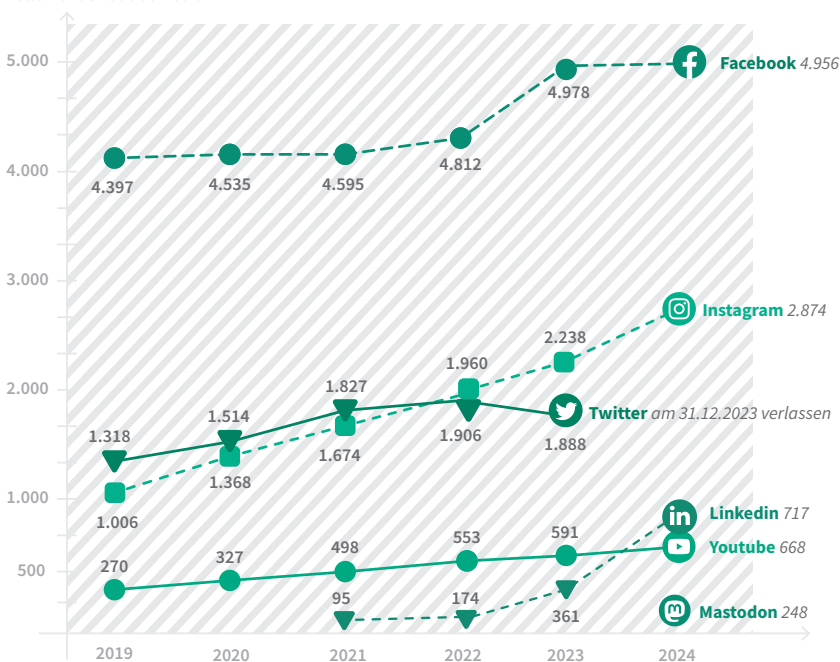
Alle Bereiche der Website legten zu, besonders stark gefragt waren Inhalte zu Wahlthemen und -projekten. Redaktionell wurden Wahl-O-Mat, Wahlportale und Veranstaltungsseiten aktualisiert und ergänzt. Ende 2024 wurde eine Themenseite zu Desinformation sowie das zweite Modul des Online-Spiels ‚Dein Sachsen‘ zur Landtagswahl veröffentlicht.

Die Zugriffe auf markenrelevante Unterseiten stiegen überproportional – ein Indiz für höhere Sichtbarkeit, gestärkte Markenwahrnehmung und gewachsenes Vertrauen in die Marke SLpB. Zu Jahresbeginn 2024 wurde die Website technisch überarbeitet, mit Fokus auf Barrierefreiheit.

Besuche auf slpb.de



Follower auf Social Media



## Social Media

2024 präsentierte sich die Social-Media-Landschaft der SLpB vielfältig und in Bewegung: Während Facebook auf konstantem Niveau blieb, gewannen Instagram, YouTube, Mastodon und LinkedIn deutlich an Bedeutung. Instagram war 2024 der zentrale Kommunikationskanal. Die Content-Strategie setzte auf vielfältige Formate – von Info-Beiträgen und externen Hinweisen bis zu Wochenvorschauen – mit klarem Fokus auf Aufklärung, Beteiligung und Dialog im Wahlkontext.

# SLpB-Veranstaltungen in Kooperation



**307 Veranstaltungen / 72,6 %**

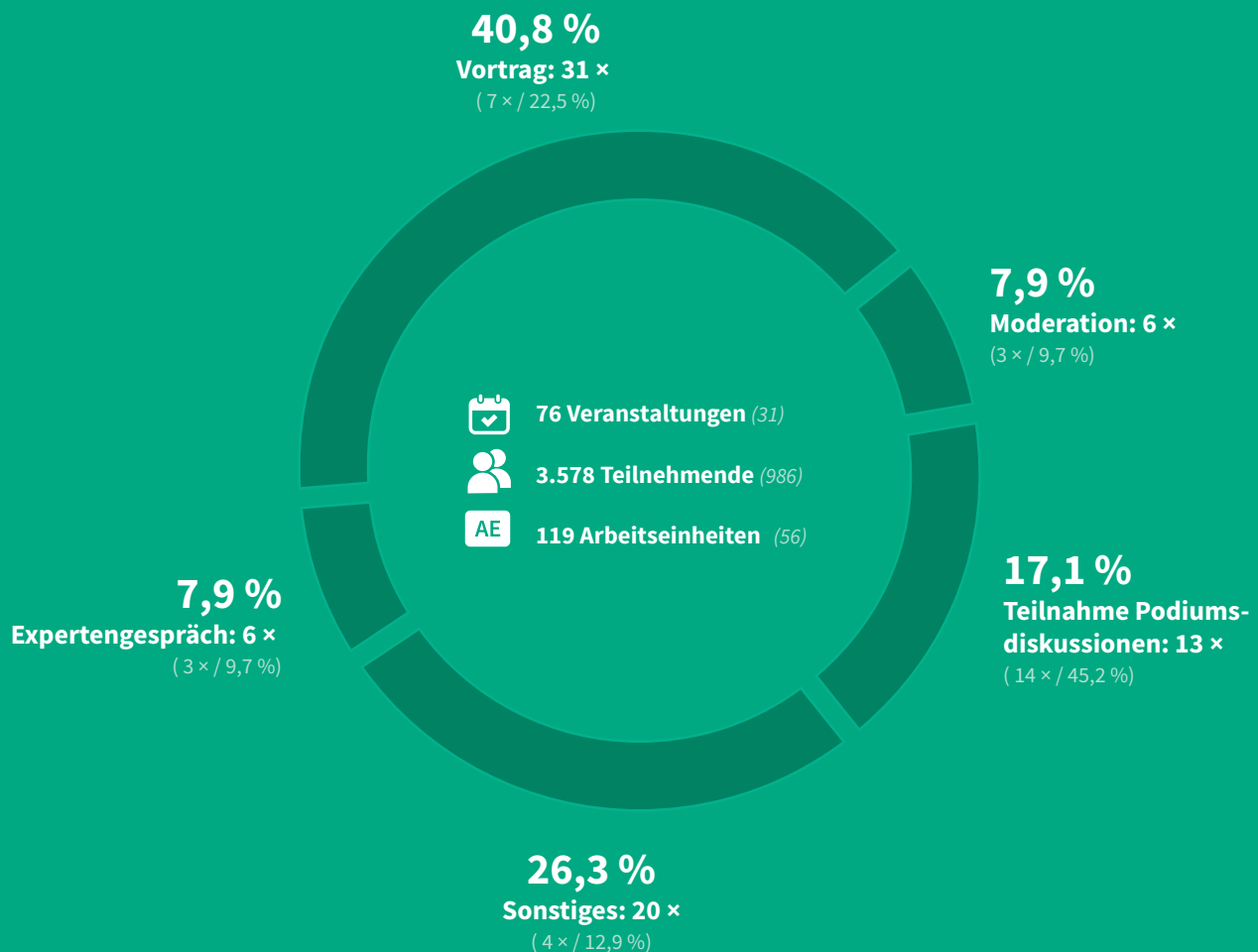
wurden mit Kooperationspartnerinnen und -partnern durchgeführt  
(290 Veranstaltungen / 78,4 %)

## Die SLpB kooperierte 2024 mit 130 Partnerinnen und Partnern (100):

- // (K)Einheit
- // „Goldne Sonne“ Vermietungs- und Veranstaltungsbetriebe Bergstadt Schneeberg GmbH
- // Aktion Zivilcourage e.V.
- // Amt für Kultur und Denkmalschutz der LH Dresden
- // ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V.
- // Bildung und Gesellschaft e.V.
- // Brigitte-Reimann-Stadtbibliothek, Hoyerswerda
- // Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- // Bundespolizei
- // Bundeszentrale für politische Bildung
- // Bündnis: Pulsnitz - Miteinander – Füreinander: Forum für Demokratie
- // Caritasverband Oberlausitz e.V.
- // CJD Kinder- und Familienzentrum (KiFaZ) Löbau
- // Partnerschaft für Demokratie Meerane
- // Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Sachsen
- // Deutsches Hygiene-Museum
- // Diakonische Akademie für Fort- und Weiterbildung e.V.
- // Dresdner Philharmonie
- // Europa-Union Sachsen
- // Europa-Haus Leipzig e.V.
- // Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH
- // Europäische Bewegung Sachsen e.V.
- // EUROPE DIRECT Dresden
- // Evangelische Akademie Sachsen
- // Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen
- // Evangelische Jugendbildung Wintergrüne
- // Filmverband Sachsen e.V.
- // Friedrich-Schiller-Schule Leipzig
- // Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein
- // Gymnasium Luisenstift Radebeul
- // HAMMER WEG e.V.
- // Hauptzollamt Dresden
- // Hessische Landeszentrale für politische Bildung
- // Hieronymus-Lotter-Gesellschaft Leipzig
- // Hillersche Villa gGmbH
- // Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)
- // Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum
- // Hochschule Mittweida
- // Hole of Fame e.V.
- // Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.
- // Johannstädter Kulturtreff e.V.
- // Jungagiert e.V.
- // Junge Europäische Föderalist:innen Sachsen e.V.
- // Koordinierungsstelle Medienbildung (KSM)
- // Kreisjugendring Erzgebirge e.V.
- // Kreisvolkshochschule Bautzen
- // Kriminologischer Dienst des Freistaates Sachsen
- // Kultur.Palais.Lichtenstein
- // Kulturfabrik Hoyerswerda e.V.
- // Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025 gGmbH
- // Hoyerswerdaer Kunstverein – Freundeskreis
- // Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V.
- // Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V.
- // Landeshauptstadt Dresden
- // Polizei Sachsen
- // Landesverband Soziokultur Sachsen e.V.
- // Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- // Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes
- // Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
- // Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
- // Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
- // Lehrerausbildungsstätte Annaberg
- // Lehrerausbildungsstätte Dresden
- // Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.
- // LÖBAULEBT e.V.
- // Marie-Curie-Gymnasium Dresden
- // Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e.V.
- // Medienkulturzentrum Dresden e.V.
- // Mediennetzwerk Lausitz
- // Meetingpoint Memory Messiaen e.V.
- // Mehrgenerationenhaus Hohenstein-Ernstthal
- // Müllerhof e.V.
- // Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V.
- // Paritätische Freiwilligendienste Sachsen gGmbH
- // Partnerschaft für Demokratie Meerane
- // Polizeidirektion Leipzig
- // Pestalozzi-Oberschule Großschönau
- // Pöge-Haus e.V.
- // RAA Hoyerswerda/Ostsachsen e.V.
- // Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- // Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden
- // Sächsischer Landtag
- // Sächsischer Volkshochschulverband e.V.
- // Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
- // Schulstiftung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens
- // Second Attempt e.V.
- // Seniorenkolleg Plauen
- // Severočeské muzeum v Liberci/Nordböhmisches Museum in Liberec
- // Sorbische Zeitung „Serbske Nowiny“
- // Soziokulturelles Zentrum Alte Brauerei Annaberg e.V.
- // Soziokulturelles Zentrum Malzhaus e.V.
- // Staatliche Kunstsammlungen Dresden
- // Stadt Hoyerswerda
- // Stadt Rodewisch
- // Stadtmuseum Dresden
- // Stadtwerkstatt-Bürgerwiese e.V., Kamenz
- // Steinhaus Bautzen
- // Stiftung für das sorbische Volk
- // Stiftung Post Bellum
- // Technische Universität Chemnitz
- // Technische Universität Dresden, Projekt Krisen-Dialog-Zukunft
- // Technische Universität Dresden, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
- // TelefonSeelsorge Oberlausitz
- // Telux SKZ
- // Thalia – Haus des Buches
- // Theologisch-Pädagogisches Institut der Ev.-Luth.Landeskirche Sachsens
- // Treibhaus e.V. Döbeln
- // Umweltzentrum Dresden e.V.
- // Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“
- // Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker VLK Sachsen e.V.
- // Vogtland vernetzt – Koordinierungsstelle für Demokratie
- // Volkshochschule Chemnitz
- // Volkshochschule Dreiländereck
- // Volkshochschule Dresden
- // Volkshochschule Erzgebirgskreis
- // Volkshochschule Görlitz e.V.
- // Volkshochschule Hoyerswerda
- // Volkshochschule Landkreis Leipzig
- // Volkshochschule Leipzig
- // Volkshochschule Meißen
- // Volkshochschule Mittelsachsen
- // Volkshochschule Nordsachsen
- // Volkshochschule Sächsische Schweiz-Osterzgebirge e.V.
- // Volkshochschule Vogtland
- // Volkshochschule Zwickau
- // Westsächsische Hochschule Zwickau
- // Willkommen im Hochland e.V.
- // Willkommen in Bautzen e.V.
- // Zollfahndungsamt Dresden Dienstsitz Görlitz
- // Zukunftsfähiges Thüringen e.V.

## Beteiligung an Fremd-Veranstaltungen

Veranstaltungen, die nicht von oder mit der SLpB organisiert wurden, zu denen SLpB-Personal eingeladen war, Programmpunkte zu gestalten.



Wir sind unseren 130 Partnerorganisationen sehr dankbar für die gute und fruchtbare Zusammenarbeit im Jahre 2024, an dessen Ende sich eine neue Landtagskoalition bildete. In der Folge wurde die SLpB Anfang 2025 umressortiert und kehrte nach fünf Jahren aus dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung ins sächsische Kultusministerium zurück. Wir danken für alle Unterstützung des bisherigen Ministeriums und ebenso für eine freundliche Aufnahme im uns vertrauten alt-neuen Ressort.

Das Team der SLpB war 2024 im Dauereinsatz – und hat dank eines sehr guten Teamgeistes sowie eines fokussierten Projektmanagements eine wirklich außergewöhnliche Leistung erbracht, für die ich sehr dankbar bin.



# „Die Wahlforen sollen einen Beitrag zur demokratischen Debattenkultur leisten“

📌 Vor der Landtagswahl am 1. September hat die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) in allen 60 Wahlkreisen in Sachsen ein Wahlforum veranstaltet. In die Kooperation eingebunden waren die Leipziger Volkszeitung, die Sächsische Zeitung sowie die Volkshochschulen in Sachsen. Bei diesem Format stellten sich die Direktkandidatinnen und -kandidaten der aussichtsreichsten Parteien auf dem Podium vor, diskutierten miteinander und mit dem Publikum. Friedemann Brause ist bei der Landeszentrale Referent für Innenpolitik und Zivilgesellschaftliches Engagement. Er leitete das Projekt und berichtet im Interview, welche Neuerungen es beim Konzept gab, warum auch Sicherheit ein Aspekt bei der Vorbereitung war, und, wie die Wahlforen in der Praxis gelaufen sind.

**Herr Brause, 60 Wahlforen liegen hinter Ihnen. Sind Sie zufrieden, wie die Veranstaltungen gelaufen sind?**

Ja, ich bin zufrieden und auch erleichtert. Die Wahlforen sind ein Aushängeschild der Landeszentrale. Wir haben die Foren auch schon zur Landtagswahl 2019

und zur Bundestagswahl 2021 veranstaltet, nun wieder zur Landtagswahl. Dieses Angebot ist in Sachsen bekannt. Es hatten auch viele Leute danach gefragt, ob wir das wieder veranstalten. Mit den Besucherzahlen sind wir ebenfalls zufrieden. Fast 7.000 Menschen haben die Wahlforen besucht. Viel mehr wären auch gar nicht möglich gewesen, häufig waren die Säle randvoll. Im Schnitt nahmen pro Forum um die 120 Besucher teil. Das bestbesuchte Wahlforum hatten wir mit 240 Gästen in Leipzig.

**Was will die Landeszentrale mit diesem Format erreichen?**

Wir wollen damit Transparenz bezüglich der politischen Positionen der Parteien schaffen. Man konnte bei den Foren insgesamt 371 Kandidatinnen und Kandidaten kennenlernen, die sich hinter den Gesichtern auf den Plakaten verbergen. Wir wollten einen Diskussionsraum schaffen, den es sonst in der Form nicht gibt, also eine Live-Situation, die stark auf den Wahlkreis bezogen ist. Wir sind bewusst in alle 60 Wahlkreise gegangen, damit die Leute auch über die Themen reden können, die ihnen vor Ort unter den Nägeln brennen. So sollten die Wahlforen auch einen Beitrag zur demokratischen Debattenkultur leisten und das neben den

anderen Angeboten, die es von der Landeszentrale zur Wahl gibt. Wir haben außerdem ein Buch zu Wahlen und Parteien in Sachsen herausgegeben und es gab den Wahl-O-Mat, um nur zwei Angebote zu nennen.

**Bei den Veranstaltungen waren Kandidatinnen und Kandidaten von sieben Parteien vertreten. Wie wurde die Auswahl getroffen?**

Als staatliche Einrichtung dürfen wir nicht in den freien Parteienwettbewerb eingreifen. Wir sind zur Überparteilichkeit verpflichtet – das gilt ganz besonders in der Wahlkampfzeit. Wenn allerdings 19 Parteien antreten, dürfen wir abstimmen, welche Parteien wir auf ein Podium einladen. Da gilt das Prinzip der abgestuften Chancengleichheit. Diese Entscheidung treffen wir anhand von zwei Kriterien. Das erste ist, dass eine Partei im Landtag oder im Bundestag in Fraktions- oder Gruppenstärke vertreten sein muss. Oder, Punkt zwei, es gibt gesicherte Erkenntnisse der Meinungsforschungsinstitute, dass eine Partei eine realistische Wahlchance besitzt.

**Kandidaten vom Bündnis Sahra Wagenknecht waren bei den Wahlforen dabei, obwohl die Partei bisher nicht im sächsischen Landtag sitzt. Warum?**

Das BSW erfüllt beide Einladungskriterien, weil die Partei mittlerweile auch in Gruppenstärke im Bundestag vertreten ist. Aber vor allem aufgrund der hohen und stabilen Umfragewerte war das BSW einzuladen.

**Die AfD wird in Sachsen vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft. Wieso ist die Partei dabei?**

Wir standen in einem Spannungsfeld und haben uns im Kollegium intensiv Gedanken gemacht. Eine Aufgabe der politischen Bildung ist es einerseits, über rechtsextreme Entwicklungen aufzuklären und vor ihnen zu warnen. Andererseits ist die in Sachsen vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte AfD eine Realität und die größte Oppositionspartei. Die Auseinandersetzung mit dieser Partei und ihren Themen sollte daher Bestandteil eines Wahlforums sein. Teilweise hat die AfD sich dieser Diskussion auch durch Nicht-Erscheinen entzogen. Als Behörde dürfen wir einzelne Parteien nicht ausgrenzen und als Bildungseinrichtung haben wir die Verpflichtung, die Besucher unserer Veranstaltungen über die Einstufung der AfD als rechtsextremistisch zu informieren.

**Welche Neuerungen gab es beim Konzept der Wahlforen?**

Wir wollten mehr Dynamik und vor allem die Publikumsbeteiligung stärken. Wir haben noch stärker

darauf geachtet, dass es regelmäßige Phasen gibt, in denen sich das Publikum zu Wort melden kann. Dass das Gespräch nicht nur auf dem Podium stattfindet, sondern wir auch mit den Besuchern in Interaktion kommen. Wir hatten wieder ein Publikumsmikrofon, wo man sich zu Wort melden konnte. Da nicht alle Menschen gern am Mikro sprechen, konnten Fragen auch schriftlich gestellt werden. Und wir hatten Abstimmungskarten im Publikum, damit konnten alle im Saal zu bestimmten Thesen mit Ja, Nein oder Enthaltung abstimmen. So konnten wir immer mal ein Stimmungsbild dazwischenschalten. Das kam besonders gut an, viele Kartensätze wurden als Souvenir mitgenommen.

Auf dem Podium hatten wir Blitzfragerunden eingeführt, bei denen sich die Kandidierenden innerhalb von 30 Sekunden positionieren sollten. Also es gab verschiedene Methoden, den Abend möglichst abwechslungsreich zu gestalten. Das Moderationskonzept haben wir diesmal noch intensiver vorbereitet. Neben den Themen Dynamik, Sicherheit und Umgang mit extremistischen Äußerungen, ist ja das Wichtigste bei den Wahlforen, in einer recht kurzen Zeit von zwei Stunden möglichst viele Themen zu behandeln, dabei aber auch in die Tiefe zu gehen und das Publikum einzubinden.

**Wie gehen Sie damit um, wenn Kandidaten Fake News oder Hetze verbreiten?**

Solche Veranstaltungen stehen und fallen mit der Qualität der Moderation. Wir haben die Moderatorinnen und Moderatoren angehalten, deutlich Stellung zu beziehen, wenn ihnen eine Aussage fragwürdig vorkommt, also dazu auch Rückfragen zu stellen. Dazu hat sich gezeigt, dass sich auch andere Kandidaten auf dem Podium korrigierend zu Wort meldeten. Und wir erlebten außerdem ein Publikum, das sich meldete, wenn es glaubte, dass auf der Bühne etwas Falsches behauptet wurde. Eigentlich wollten wir auch Fakten-Checker neben der Bühne dabei haben, das hatte sich bei unseren Wahlforen zur Europawahl bewährt. Aber bei 60 Veranstaltungen konnten wir das personell nicht stemmen.

**Es gibt auch ein aufwendiges Sicherheitskonzept. Warum ist das nötig?**

Leider ist es nötig. Das Thema Sicherheit hat in der politischen Bildung einen ganz anderen Stellenwert als noch vor wenigen Jahren. Für die Wahlforen hatten wir ein 24-seitiges Sicherheitskonzept erarbeitet – ein Novum auch für uns. Zur Organisation von Wahlforen gehört inzwischen auch, einen Diskussionsrahmen zu



Friedemann Brause koordinierte als Projektleiter die SLpB-Wahlforen.

schaffen, bei dem sich die Kandidaten, unser Personal und natürlich vor allem die Gäste sicher fühlen.

Wir nehmen das gesellschaftliche Klima als sehr aufgeheizt wahr. In einigen Regionen mussten wir auch befürchten, dass es zu Protesten oder Störungen während der Veranstaltungen kommt. Wir haben inzwischen einen deutlich höheren Aufwand, was die Sicherheit betrifft. So haben wir bei jedem Wahlforum mehrere Security-Mitarbeiter dabei. Der Austausch mit der Polizei im Vorfeld zur Gefährdungslage gehört auch zur Routine. Die Polizei war dann meist mit Kräften vor Ort. Bis auf wenige Zwischenfälle verliefen die Wahlforen aber insgesamt friedlich.

**Die rechtsextremen Freien Sachsen haben regelmäßig für Aktionen vor den Veranstaltungsorten mobilisiert. Wie sind Sie damit umgegangen?**

Die Freien Sachsen waren als rechtsextreme Kleinstpartei nicht eingeladen zu den Wahlforen, weil sie die Kriterien nicht erfüllen. Als Reaktion hatte die Partei zu Protesten vor den Wahlforen mobilisiert. Auch

wenn die Polizei den freien Zugang garantierte, beeinträchtigten solche Störaktionen das Veranstaltungsklima. Bei den Wahlforen selbst kam es nur zu einer Störung. In Riesa setzte sich ein Kandidat der Freien Sachen einfach auf das Podium und wollte es auch nicht verlassen. Er wurde dann vom Sicherheitspersonal aus dem Saal geführt. Ziel solcher rechtsextremen Aktionen ist es auch, Räume zu besetzen und die freie Debatte zu behindern. Auch wenn bei mehreren Wahlforen prominente Freie Sachsen im Publikum waren, gab es keine weiteren Störaktionen. Konkrete Debatten-Beiträge gab es allerdings von ihnen auch nicht.

Es ist für uns Veranstalter zunehmend herausfordernd, weil wir eine sichere und offene Atmosphäre schaffen wollen. Es bleibt zu diskutieren, wie man die Veranstaltungen so gestalten kann, dass sich alle frei fühlen, um an der Debatte teilzunehmen. Trotz Sicherheitskonzept bekamen wir von manchen Leuten das Feedback, dass sie sich beeinträchtigt gefühlt haben, weil bei den Wahlforen Anhänger der Freien Sachsen und andere Extremisten mit im Publikum waren. Atmosphärisch ist das nachvollziehbar und für eine offene Debatte ein

Problem, aber die Wahlforen sind öffentliche Veranstaltungen, bei denen wir Menschen nicht ausschließen können, sofern sie nicht konkret stören, aggressiv sind oder verfassungsfeindliche Symbole zeigen. Daher bleibt es ein Dilemma.

**Als Partner bei den Veranstaltungen waren die Regionalzeitungen Leipziger Volkszeitung und Sächsische Zeitung, außerdem die Volkshochschulen beteiligt. Wie lief die Zusammenarbeit?**

Die beiden großen Zeitungen sind langjährige Partner der Wahlforen. Das war immer eine gute Zusammenarbeit. Außerdem stellten die LVZ und die SZ Journalisten aus ihren Redaktionen als Moderatoren zur Verfügung, auch das ist für uns eine große Hilfe, da diese Kollegen eine hohe Sachkenntnis zu den Debatten beisteuern. Die Volkshochschulen waren ebenfalls beteiligt, etwa durch die Bereitstellung von Räumen, personelle Unterstützung und die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort.

**Welche personellen und finanziellen Ressourcen sind nötig, um die Wahlforen zu veranstalten?**

Die Wahlforen sind ein echtes Großprojekt. Sie binden schon im Vorfeld viele Kolleginnen und Kollegen und nehmen einen großen Teil des Veranstaltungs- und Werbebudgets der Landeszentrale in diesem Jahr ein. Bei der Umsetzung wirken Mitarbeitende aus allen

Bereichen des Hauses mit. Alle haben mitgezogen – die Wahlforen sind ein Projekt des ganzen Hauses.

Besonders an den Abenden hatten wir einen hohen personellen Aufwand. Pro Wahlforum waren zwei Mitarbeitende aus der Landeszentrale dabei, zwei Moderatorinnen oder Moderatoren, zwei studentische Hilfskräfte. Hinzu kamen Sicherheitskräfte, die Polizei, die Technik. Man kann pro Wahlforum mit zehn bis zwölf Leuten rechnen, die im Einsatz sind. An manchen Abenden hatten wir drei Wahlforen parallel, also über 30 Leute. Noch nicht mitgerechnet sind diejenigen, die sich um die Bereitstellung von Material und Büchern kümmern, mit der Presse sprechen und auch mal die Autos auftanken.

**Welche besonderen Erlebnisse sind Ihnen aufgefallen?**

Ich bin über das Feedback froh. Viele Leute bedanken sich, dass wir die Wahlforen veranstalten. Viele freuen sich, dass wir zu ihnen in die Wahlkreise kommen. Wir waren zu Gast in soziokulturellen Zentren, in Kinos, in Kirchgemeinden, in Volkshochschulen. Die Räume waren sehr breit gefächert. Mir bleibt vor allem Hoyerswerda in Erinnerung. Da hat das Wahlforum mitten in einer Einkaufspassage stattgefunden. Es waren etwa 170 Leute da, auch Passanten sind stehengeblieben, haben zugehört und Fragen gestellt. Da kommt politische Bildung aus den geschlossenen Räumen heraus, das finde ich spannend.



## „Mitgereiste Neonazis auf Groupie-Tour in Sachsen“

► Alexander Gemeinhardt, Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung in Darmstadt, beobachtete zusammen mit seiner Kollegin Özlem Eren mehrere Wahlforen der SLpB. Im folgenden Beitrag des Darmstädter Echos berichtet er am 30. August 2024 über seine Erfahrungen und Analysen.



Angesichts des veränderten gesellschaftlichen Klimas musste ein umfangreiches Sicherheitskonzept erarbeitet werden. Der Einsatz mehrerer Security-Mitarbeiter und der Austausch mit der Polizei gehörte 2024 zur Routine für alle Wahlforen.

Alexander Gemeinhardt trat diese Reise auf Einladung der sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung an. Sie organisiert in diesen Tagen 60 Wahlforen für alle Wahlkreise, bei denen die jeweiligen Direktkandidaten miteinander diskutierten. Vergleichbares in Hessen gibt es nicht. Gemeinhardt und seine Kollegin Özlem Eren haben drei dieser Foren in Stollberg im Erzgebirge, in Dresden und in Zwickau begleitet, um sie für die Landeszentrale auszuwerten. Und darüber hinaus mit Darmstadts Partnerstadt Freiberg sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren über ihre aktuelle Situation zu sprechen.

„Der Gruselfaktor ist hoch. Vieles ist sehr befremdlich“, sagt Alexander Gemeinhardt nach seiner Rückkehr nach Darmstadt. Wenn die Stimmung bei den Foren zum ersten Mal hochkocht, wenn die Moderatoren benennen, dass die AfD auf dem Podium in Sachsen als gesichert rechtsextrem gilt. Wenn die mitgereisten Neonazis der Freien Sachsen aus ihren Bussen steigen und in das nächste Wahlforum marschieren, um dieses „massiv zu beeinflussen“.

Wenn Gemeinhardt und anwesende Journalisten eine Stunde lang taxiert werden, weil sie mitschreiben bei diesen Veranstaltungen. Höhnisches Gelächter, immer wieder. Das alles wiege viel schwerer als die tatsächlichen Aussagen der AfD-Direktkandidaten.

„Die AfD hat Kreide gefressen. Wir haben keine einzige strafrechtlich relevante Äußerung wahrgenommen. Es scheint eine extrem hohe Angst vor einem Verbotsverfahren da zu sein“, beurteilt es der Schader-Chef. Die üblichen provokativen Aussagen, die Nennung halbgarer Fakten, gehören freilich zum Repertoire. „Diese Diskussionen sind wie mit einem Huhn Schach zu spielen. Das entweder aufs Spielbrett macht oder einfach die Figuren umschmeißt.“

Szenenwechsel. Eine Kirche mit gehisster Regenbogenflagge. Ob sie als vermeintlich politisches Zeichen gehisst bleiben dürfe, das stand dort kurz vorher zur Debatte. Doch sie hing. Gemeinhardt, Jahrgang 1973, dessen Eltern kurz vor dem Mauerbau aus Ostberlin geflüchtet sind und der auch in Magdeburg studiert hat, besuchte Kirchen, Jugendhilfeeinrichtungen, IHK. Besuchte auch den Vertreter des Oberbürgermeisters in Freiberg. Freiberg, das keine abgehängte Stadt ist. Mit „wunderschöner Altstadt“, mit Universität und Gründerszene. Eine Stadt, die sich „Silberstadt“ nennt. Wo bei der Kommunalwahl im Juni fast ein Drittel die AfD wählte, sie war dort weit stärker als die CDU. Nun steht ganz Sachsen vor der Situation, ob die CDU ihren kleinen Vorsprung vor der rechtsextremen Partei aus den aktuellen Umfragen halten können wird. Und ob, vielleicht noch dramatischer in der Konsequenz, ein Dreiparteiensystem auf das Land zukommt.

# Europa im Dreiländereck: Wahlforum in Zittau



Moderator Bastian Wierzioch (links) und die Gastgebenden Ivo Vacik und Justyna David von der SLpB. Fotos: Oliver Killig

Von Doreen Reinhard, veröffentlicht am 2. Mai im SLpB-Blog

▶ Mit Kandidierenden für das Europäische Parlament live und vor Ort ins Gespräch kommen: Vor der Europawahl veranstaltet die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung vier Diskussionsabende an unterschiedlichen Orten in Sachsen. Vertreterinnen und Vertreter von sieben Parteien diskutierten auf dem Podium und mit dem Publikum. Ein Bericht vom Auftakt der vier SLpB-Europawahlforen am 26. April 2024 in Zittau.



Warum es wichtig ist, den Europawahlkampf nicht nur auf großen Bühnen der Metropolen zu führen, sondern auch in kleinere Städte zu holen, zeigte sich schnell im Zittauer Kronenkin. Etwa 100 Menschen saßen im Saal, sie sollten zunächst einige Fragen beantworten. Abgestimmt wurde mit Karten: Ja, Nein, Enthaltung. Hat die Europäische Union Auswirkungen auf ihr Leben? Ja, fanden die allermeisten. Wie die EU funktioniert, wussten viele wiederum nicht so genau, die meisten waren bei dieser Frage unentschieden. Ein klares Votum gab es dagegen bei der Frage, ob hier schon mal jemand mit einem Europaabgeordneten gesprochen

hat. Nein, verkündete die Mehrheit. Das Wahlforum der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung sollte das ändern. Ziel war es, Kandidierende und Parteien vorzustellen, die bei der Wahl des Europäischen Parlaments am 9. Juni antraten, ihre Positionen zu hören und darüber zu diskutieren. Drei weitere Veranstaltungen wurden in den folgenden Wochen durchgeführt, in Chemnitz, Leipzig und Plauen. Das Wahlforum in Zittau am 26. April war der Auftakt. Passenderweise im Dreiländereck, wo man stolz ist, eine europäische Schnittstelle zu sein, mit guten Verbindungen zwischen Deutschland, Tschechien und Polen.

Mehr oder weniger Europa?  
Das ist die zentrale Frage zwischen den Kandidierenden im Zittauer Kronenkin

## Blitzrunden, Faktencheck und Sicherheitsdienst

Es war ein anspruchsvolles Gesprächsformat. Das Podium war groß, sieben Vertreter der Parteien waren gekommen: Harald Baumann-Hasske von der SPD, Oliver Schenk (CDU), Kristin Schütz (FDP), Cornelia Ernst von den Linken, Anna Cavazzini von den Grünen und Anne Herpertz von der Piratenpartei. Nicht alle standen selbst auf dem Wahlzettel beziehungsweise waren Spitzenkandidaten ihrer Partei. Auch Siegbert Droese von der AfD saß auf der Bühne, in Sachsen ist der Landesverband vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft worden. Martin Sonneborn von der Satirepartei Die Partei war ebenfalls eingeladen, erschien aber nicht zur Veranstaltung.

Wie kann so eine Veranstaltung gelingen, ohne auszufern? Wie kann man Versuchen begegnen, so eine Runde mit Störungen oder Desinformationen zu torpedieren? Die Landeszentrale hat das Konzept lange vorbereitet. Schon am Eingang gab es Vorkehrungen, ein Sicherheitsdienst kontrolliert die Gäste. Im Saal sollte zwei Stunden diskutiert werden. Auf der Bühne gab es zwei Moderatoren. Daneben saß außerdem ein Faktenchecker, Jürgen Ney, Professor für europäische

Politik an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Er schaltete sich punktuell ein, um Aussagen auf dem Podium zu überprüfen. Es gab verschiedene Gesprächsmethoden, etwa Blitzrunden zu Europa-Fragen, zu denen sich die Kandidierenden positionieren sollten, einzeln oder in Diskussionsduellen. Die Zeit wurde mit einer Sanduhr gestoppt, damit niemand ausschweift. Zwischendurch wurden immer wieder Fragen aus dem Publikum eingeklinkt.

Damit es auch persönlich wurde, sollten die Kandidierenden Gegenstände mit Bezug zu Europa mitbringen, die ihnen etwas bedeuten. Einige präsentierten ihre Reisepässe, die man dank der EU nicht mehr braucht, weil Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen längst Normalität ist. Anna Cavazzini, in der aktuellen Legislatur EU-Abgeordnete der Grünen, zeigte ihr Handy, damit verband sie erfolgreiche Arbeit im Parlament. „Ich habe viele Gesetze mit angestoßen, auch eins zum einheitliche Ladekabel.“ Kristin Schütz von der FDP zeigte ein Foto ihres Sohns, er wurde im Nachbarland, im polnischen Zgorzelec geboren. „Er lebt also Europa, daher ist es mir ein besonderes Anliegen, diesen Gedanken einzubringen.“

## Verschiedene Konzepte für Europas Zukunft

Was würden die Kandidierenden in der EU ändern? Man sollte „die Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen und wissenschaftliche Kooperationen ausbauen“, sagte Oliver Schenk von der CDU. Cornelia Ernst war es wichtig, gegen „Verarmung“ vorzugehen, außerdem will sie sich einsetzen für einen „ökologischen und sozialen Strukturwandel, beides muss zusammenlaufen“. Das Kohlekraftwerk Turow, auf der anderen Seite in Polen, war bei einigen auch Thema. „Da müssen wir etwas unternehmen. Auch die Polen müssen begreifen, dass wir aus der Kohle raus müssen“, sagte Harald Baumann-Hasske von der SPD. Der AfD-Mann Siegbert Droese hielt den geplanten Kohleausstieg dagegen für „einen Fehler“, außerdem forderte er „wieder über

russisches Gas nachzudenken“ und beklagte, dass „Strukturwandelgelder falsch eingesetzt“ würden. Die AfD wolle zwar wieder einziehen ins EU-Parlament, sei aber bekannt als dessen Gegner. Das macht Droese auch auf dem Podium deutlich. „Wir stehen dafür, dass das EU-Parlament zurückabgewickelt wird.“ Damit war er allerdings allein in dieser Runde, alle anderen betonten, wie wichtig sie die EU und das Parlament grundsätzlich finden. Wenn es das EU-Parlament nicht schon gäbe, müsste man es erfinden, sagt Baumann-Hasske. „Es ist ein riesiges Friedensprojekt und kann uns viele Vorteile bringen.“ Europäer müssten zusammenhalten, sagte Oliver Schenk. „Wir treffen Entscheidungen, die Wettbewerbsfähigkeit garantieren.“



Faktenchecker, Jürgen Neyer, Professor für europäische Politik an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)



Die Publikumsfragen wurden schriftlich gesammelt oder via Mikro direkt gestellt.

## „Ziemlich transparent“

Die Stimmung im Saal war meist ruhig, konzentriert. Vereinzelt gab es Murren und Zwischenrufe aus einigen Reihen, bei denen die Moderation um Mäßigung bat. Regelmäßig konnten die Besucher selbst Fragen stellen. Warum wurde Ursula von der Leyen, aktuell Präsidentin der EU-Kommission, nicht direkt gewählt, wollte ein Mann wissen. Diesen Punkt sahen auch einige Politiker auf dem Podium kritisch. Man habe „für das Spitzenkandidatenprinzip gekämpft, beim letzten Mal ist das nicht passiert“, sagte Anna Cavazzini, beim nächsten Mal solle das anders laufen. Warum wurde das Teilhabegesetz bisher nicht umgesetzt, fragte ein anderer Mann. „Da müssen wir einen deutlichen Schritt nach vorn machen“, sagte Cornelia Ernst. „Da bin ich

aber optimistisch, weil es auch eine starke Zivilgesellschaft gibt, die dafür eintritt.“ Es ging auch um die Frage: Ist das EU-Parlament transparent genug? Ja, fanden die meisten Politiker auf dem Podium. Auch Jürgen Neyer, der Faktenchecker aus der Wissenschaft, bestätigte das: „Europa ist im Vergleich zur Komplexität ziemlich transparent.“ Er reagierte auch auf ein anderes Thema, das aufgekommen war, die zunehmende Verarmung in einigen europäischen Ländern. „Das ist ein Problem, es gibt ein Ausfransen oben und unten. Das heißt, der Mittelschicht geht es eigentlich gut, aber an den Rändern haben wir ein Problem“, erklärte er. Unten Armut, oben enormer Reichtum, das sei „sozialpolitisch hochgradig problematisch“.

## Alle sollen vom Strukturwandel profitieren

Im letzten Teil der Veranstaltung trafen die Kandidaten in der direkten Konfrontation aufeinander, die Konstellationen wurden per Los entschieden. In einem Wettstreit diskutierten FDP, SPD und Piraten über die Frage: Wie kann der Strukturwandel für die Menschen verträglich gestaltet werden? „Für die Region ist es wichtig, die Energiewende hinzubekommen“, sagte Anne Herpertz von der Piratenpartei und verwies auf lokale Kompetenzen. „An der Hochschule in Zittau passiert ganz viel tolle Forschung mit erneuerbaren Stoffen.“ Die Wissenschaftsprojekte in der Region hielt auch Harald Baumann-Hasske, SPD, für „absolut zukunftsträchtig“. „Ich denke mit den Mitteln, die für den Strukturwandel zur Verfügung stehen, wird schon viel passieren“, sagte er. „Der Bewusstseinswandel muss noch kommen.“ Er habe mitunter allerdings noch den Eindruck, „dass wir uns in der Region noch abgehängt fühlen“. Was noch fehle, seien „Industriearbeitsplätze, wo Mehrwert entsteht“, sagte die FDP-Politikerin

Kristin Schütz. „Ich bin Fan von Forschungsprojekten. Wir müssen aber auch schaffen, dass wir jedem Bürger das Gefühl geben, dass er vom Strukturwandel mitprofitiert. Daran fehlt es noch.“

Nach reichlich zwei Stunden war die Abschlussfrage an alle: Wie sehen Sie die EU künftig? Die AfD wolle ein „Europa der Vaterländer“, ein alter Begriff von Charles de Gaulle. Einst Formel der europäischen Integration deutete Siegbert Droese den Begriff ins Gegenteil und forderte Entscheidungen „auf der nationalen Ebene“. Er bekam dafür einigen Applaus im Saal, aber auf dem Podium war er mit dieser Position allein. Alle anderen sahen die EU als starke Einheit der Mitgliedsstaaten. Sie bevorzugte das Modell der föderativen Union, sagte auch Kristin Schütz, „mit Fokus auf die Regionen hier“. „Ich glaub auch, dass wir noch enger zusammenarbeiten müssen in europäischen Fragen“, sagte Anna Cavazzini. „Also eher mehr Europa als weniger.“



Auf dem Podium (von links nach rechts): Siegbert Droese (AfD), Kristin Schütz (FDP), Oliver Schenk (CDU), Anne Herpertz (Piratenpartei), Harald Baumann-Hasske (SPD), Anna Cavazzini (Die Grünen), Cornelia Ernst (Die Linke) und Moderatorin Justyna David. Nicht alle stehen selbst auf dem Wahlzettel beziehungsweise sind Spitzenkandidaten ihrer Partei.



# Schulvernetzungs- tagung im Super- wahljahr 2024

Von Peter Stawowy, veröffentlicht am 28. Februar im SLpB-Blog

Lehrerinnen und Lehrer an sächsischen Schulen standen angesichts der 2024 in Sachsen stattgefundenen Landtagswahl, den Kommunal- und Gemeinderatswahlen sowie der Europawahl vor vielen Fragen: Wie lässt sich das Thema Wahlen im Unterricht umsetzen? Welche Rolle kann Schule hier grundsätzlich einnehmen? „Demokratie ist Entscheidung: Das Wahljahr 2024“ war der Titel der 5. Vernetzungsstagung „Schule im Dialog Sachsen“ der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), die am 1. Februar in Dresden geführt wurde.

## Anspannung und Nervosität

Auch an Schulen ist die Lage mit Blick auf politische Bildung nicht einfacher geworden – eher im Gegenteil. Die jüngst veröffentlichten Zahlen des Sachsen-Monitors beschreiben eindrucksvoll: Die gesellschaftliche Stimmung ist mindestens angespannt, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen in den letzten Jahren weiter gesunken. Von einer gewissen „Anspannung und Nervosität“ sprach dann auch der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), Roland Löffler, in seinen einleitenden Worten zur fünften Vernetzungsstagung „Schule im Dialog Sachsen“. Rund 80 Teilnehmende aus dem schulischen wie auch dem außerschulischen Kontext hatten sich am 1. Februar in der Landeszentrale eingefunden, um aktuelle Fragen zum Umgang mit dem Thema Wahlen in Schule zu diskutieren.

Die gute Nachricht: Politische Bildung darf viel mehr, als mancher denkt. Denn sie soll zwar in erster Linie bei der Entscheidungsfindung unterstützen und sich am Beutelsbacher Konsens orientieren. Sie darf aber auch Stellung beziehen, wenn sie sich an demokratischen Werten orientiert.

„Die Gegner der Demokratie verstehen es sehr gut, sich hinter demokratischen Begriffen zu verstecken“, erläuterte Löffler dann auch in seinen Begrüßungsworten die aktuell wohl größte Herausforderung. Um gleich im Anschluss darauf hinzuweisen, dass aktuell das Wichtigste sei, Mut und eben keine Angst zu haben: „Denn das bedeutet auch, anderen Kraft zu geben und Mut zu machen. Resilienz entsteht durch Auseinandersetzung“, so Löffler.

## Parteiprogramme analysieren reicht nicht mehr

Schulische und außerschulische Partner in Kontakt und ins Gespräch zu bringen, das war das Ziel des Vernetzungstages. Und das gelang durch Diskussionen und Austausch in Themenrunden, aber auch den Kaffeegesprächen zwischendurch. Die einführende Podiumsdiskussion ging der Frage nach, was politische Bildung im Wahljahr 2024 darf und vielleicht auch muss. Daran anschließend boten Themenräume Raum für aktuelle Fragen.

In der ersten Gesprächsrunde tauschten sich die vier Podiumsgäste – Ralf Seifert vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus, Felicitas Koch von der Sächsischen Jugendstiftung, Felix Kollender, Fachleiter Gesellschaftswissenschaften am Pestalozzi-Gymnasium Heidenau, und Eva Schwarz von der Amadeu-

Antonio-Stiftung – mit dem Publikum darüber aus, wo die Grenzen der politischen Bildung liegen. Denn demokratiefeindliche Parteien erklären ihre grundgesetzfeindlichen Einstellungen eher selten über das Parteiprogramm. Umso wichtiger sei es – unter Berücksichtigung des Überwältigungsverbots – die Schülerinnen und Schüler zu ertüchtigen, sich eine eigene Meinung zu bilden.

„Man sollte deswegen nicht nur Parteiprogramme auswerten“, meinte Fachlehrer Kollender. Er schlug vor, auch Meldungen und Meinungen aus sozialen Netzwerken wie TikTok oder sogar den Verfassungsschutzbericht in den Unterricht einzubeziehen, um gemeinsam mit den Schülern und Schülerinnen ein realistisches Bild der aktuellen Parteienlandschaft zu erarbeiten.

## Demokratien in der Minderheit

In der Diskussion und in den Themenräumen ging es aber auch um ganz praktische Fragen – etwa, wie es im Rahmen schulischer Angebote um den Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern der Parteien steht. Eine Lehrerin berichtete, dass sich beim Landtagsbesuch fast ausschließlich die AfD-Vertreterinnen und -Vertreter den Gesprächen mit den Schülerinnen und Schülern gestellt hätten – die Klasse sei fassungslos

über die Ignoranz der anderen Parteien gewesen. Auf eine zunehmend schwierige Herausforderung machte die Lehrerin eines Berufsschulenzentrums im ländlichen Raum aufmerksam: Als Demokratin fühle sie sich inzwischen im Grunde „immer in der Minderheit, wenn ich eine Klasse betreue“, sagte sie – und forderte mehr Zeit für politische Bildung im Unterricht insgesamt.

## Wie können wir Rechtspopulismus und Extremismus an Schulen begegnen?

In den drei Themenräumen der Tagung ging es um „Wahlen in Schule und Unterricht: Möglichkeiten und Herausforderungen“, um den Umgang mit Extremismus und Rechtspopulismus an Schulen sowie um das Thema „Schülerinnen und Schüler stärken: Peerangebote in Sachsen“. Geleitet wurden die Themenräume gemeinsam mit Trägern der politischen Bildung in Sachsen: u.a. mit der Aktion-Zivilcourage e. V., der Amadeu-Antonio-Stiftung und der Sächsischen Jugendstiftung.

Es kamen auch so schwierige Fragen zur Sprache wie „Was tun, wenn ein Schüler oder eine Schülerin den

Hitlergruß zeigt?“ oder „Wie geht man damit um, wenn ein Lehrer selbst rechtsextreme Positionen vertritt?“

Zur ersten Frage kann man festhalten: Es gibt eine Meldekette, Schulleitung und Eltern müssen informiert werden. Hilfreich kann auch der Einsatz von Präventionsangeboten etwa der Polizei oder Gefährdungsansprache sein, berichteten andere – oder eben der Einsatz außerschulischer Partner. Die Beantwortung der zweiten Frage ist schon kniffliger: Lehrerinnen und Lehrer haben einen Eid auf die Verfassung geleistet, kam der deutliche Hinweis.



80 Teilnehmende aus dem schulischen und außerschulischen Kontext waren gekommen, um über das Wahljahr um Unterricht zu sprechen. Fotos: Sebastian Winterscheid

## Wie und wo bekommen Lehrkräfte Unterstützung?

Viel verwiesen wurde im Rahmen der Gespräche auch auf die Orientierungsfunktionen des Handlungskonzeptes „W wie Werte“ des Kultusministeriums sowie den Schulleiterbrief, den der Kultusminister Anfang Januar verschickt hatte – und der offenkundig noch nicht bei allen Politik-Lehrern und Lehrerinnen angekommen war. Beide, das Werte-Programm, das aktuell überarbeitet wird, wie auch der Schulleiterbrief sollen Lehrkräfte und Schulen Orientierung geben, mit autoritären und antidemokratischen Äußerungen und Vorkommnissen in der Schule umzugehen.

In den Themenräumen diskutiert wurde außerdem, wie soziale Netzwerke die Gesellschaft prägen und die politische Wahrnehmung der Jugendlichen beeinflussen. Auch drohende Szenarien für das Bildungssystem, sollte eine demokratiefeindliche Partei die Regierung übernehmen, waren Thema. Im von Eva Schwarz von der Amadeu-Antonio-Stiftung geleiteten Raum ging es um Strategien gegen Hass und Radikalisierung in den Sozialen Medien.

„TikTok hat Funktionsweisen, die eine fortschreitende Radikalisierung unterstützen“, erklärt Eva Schwarz. „Je länger ich ein Video anschau, desto eher spielt mir der Algorithmus ähnlichen Inhalt in meinen Feed.“

Der Algorithmus funktioniert einerseits über Inhalte, andererseits über Akteurinnen und Akteure. Wenn ich mir also beispielsweise demokratiefeindlichen Kontext bei TikTok anschau, werden mir tendenziell immer mehr solche Inhalte in meinem Feed angezeigt. Das heißt, ich bekomme immer nur meine eigene Meinung gespiegelt. Kontroversität findet in solchen Netzwerken tendenziell wenig statt.“

## Blick nach vorn

Einen positiveren Blick nach vorn brachte das Fazit: Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern kann für Schulen große Mehrwerte bringen. Vereine, Institutionen und Stiftungen bieten Projekte zu konkreten Themen wie demokratischer Teilhabe, Medienkonsum, Migration, Geschichte oder dem Umgang mit Extremismus an - und ermöglichen den Schülerinnen und Schülern Lernerfahrungen, die im klassischen Schulalltag nur schwer und mit viel Aufwand zu erreichen sind. Es gilt allerdings für Lehrerinnen und Lehrer, die, je nach Zielsetzung, richtige außerschulische Organisation zur Zusammenarbeit zu finden. Umso wichtiger ist die Vernetzung schulischer und außerschulischer Akteure, wie sie im Rahmen der Veranstaltung erfolgte.



## Schulvernetzungstagung im Superwahljahr 2024: **Stimmen von Teilnehmenden**

Statements von Teilnehmenden, Referentinnen und Referenten der 5. Vernetzungstagung „Schule im Dialog Sachsen“ unter dem Titel „Demokratie ist Entscheidung: Das Wahljahr 2024“ am 1. Februar in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB).



#### Was bewegt Sie, wenn es um politische Bildung geht?

**Solveig Schröder, Lehrerin:** „Ich unterrichte an einem Berufsschulzentrum (BSZ) und habe im Unterricht zunehmend auch Migrantinnen und Migranten. Als wir vor kurzem im Unterricht über die Demonstrationen gegen rechts gesprochen haben, die im Moment bundesweit stattfinden, habe ich auch immer die migrantische Perspektive thematisiert. Ich finde es wichtig, möglichst viele Schülerinnen und Schüler dafür zu sensibilisieren. Im Unterrichtsraum habe ich zwar niemals das Gefühl, dass das Miteinander nicht funktioniert. Aber Fakt ist, dass Migranten mir unter vier Augen sagen, dass sie Angst haben, hier in Sachsen zu leben. Oder sie deuten zumindest an, dass es auch in der Schule nicht so ein tolles Miteinander ist, wie ich immer fühle. Und das bewegt mich schon.“



#### Welches Thema hat Ihnen hier besonders gefallen?

**Melanie Illert, Lehrerin:** „Mein Anliegen ist, Projekte sehr schülernah anzugehen und bei der Wertevermittlung die Initiative der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Da bietet gerade Peer-Education großartige Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, sich zu beteiligen. Gut fand ich zum Beispiel das Projekt der Aktion Zivilcourage „Ich bin wählerisch“. Das kommt an die Schulen – mit dem Konzept, dass Schüler und Schülerinnen sich untereinander vernetzen und unterstützen. Grundgedanke ist, dass wir als Lehrkräfte nicht von oben Projekte reingeben, sondern dass die Schüler von sich aus aktiv werden.“



#### Muss man in der politischen Bildung immer alle Seiten hören?

**Ralf Seifert, Sächsisches Staatsministerium für Kultur:** „Aus meiner Sicht muss man, um eine kontroverse Diskussion zu erzeugen, nicht alle Facetten einer Thematik ablichten. Sondern es reicht, wenn man über eine wirklich gute, ausgewogene Vorbereitung unterschiedliche Perspektiven aus dem gesamten Meinungsspektrum sichtbar macht. Wichtig ist es, das jeweilige Thema mehrperspektivisch zu betrachten und den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, eigene Bewertungen herzustellen.“



#### Was nehmen Sie heute mit?

**Julius Mütze, Lehrer:** „Ich hatte heute vor allem Impulse für den Unterricht erwartet, unterrichtsnahe Praxisbeispiele. Jetzt nehme ich aber mit, dass ich viel mehr auch in die externe Arbeit auslagern kann – also an externe Partner, um Demokratieverziehung zu betreiben, und dass ich mir da künftig auch Hilfe holen werde.“



**Wie vermittelt man am besten Demokratie?**

**Felix Kollender, Lehrer:** „Es ist wichtig, die Handlungskompetenz der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Es geht erst einmal darum, dass sie herausfinden, was sie wollen – und wie und wo sie das umsetzen können. Dann müssen sie lernen, ihre Interessen zu vertreten, und das auch mit Nachdruck. Dafür gibt es viele Möglichkeiten: Sie können sich in Debatten einbringen oder Veranstaltungen besuchen, um zu sehen, wie Demokratie gelebt wird. Meine Erfahrung ist: Schüler und Schülerinnen entwickeln ein gutes Verhältnis zur Demokratie, wenn sie sehen, dass sie eigene Wirkungsmacht haben. Der außerschulische Lernort hat dabei aus meiner Sicht einen sehr großen Wert.“



**Wie findet man den richtigen außerschulischen Partner?**

**Felicitas Koch, Sächsische Jugendstiftung:** „Es gibt verschiedenste Plattformen, auf denen ich mich als Lehrerin oder Lehrer über außerschulische Partner informieren kann. Eine gute Möglichkeit ist das Schulportal. Auch das Landesamt für Schule und Bildung informiert über Kooperationen mit außerschulischen Institutionen. Es gibt die große Plattform, „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, vom Land Sachsen, wo verschiedenste Angebote auch zum Thema Demokratiebildung zusammengefasst sind. Und natürlich ist es auch ganz wichtig, eine Veranstaltung wie die heutige zu nutzen, um außerschulische Bildungseinrichtungen kennenzulernen – und sich mit Kollegen und Kolleginnen von anderen Schulen über ihre Erfahrungen auszutauschen und diese für sich nutzen zu können.“



**Hilft Ihnen die Veranstaltung heute weiter?**

**Marko Meier, Lehrer:** „Oh ja! Meine Bedenken sind beseitigt worden. Ich mache mir jetzt nicht mehr ganz so viele Sorgen, was passieren könnte. Das liegt daran, dass ich einfach merke, dass es ganz viele engagierte Leute gibt, die sich da eindeutig positionieren und bereit sind, für die Demokratie einzustehen. Das hilft mir sehr.“



**Haben Sie heute etwas Neues gelernt?**

**Desiree Mütze, Lehrerin:** „Ja, ich habe heute gelernt, Mut zu beweisen, Kritik zu formulieren und viele außerschulische Bildungspartner und –partnerinnen mitzunehmen. Und offen gegenüber Neuem und anderem zu sein!“

# Hass und Desinformation im Superwahljahr 2024



Podiumsdiskussion mit Dr. Johannes Kiess, Una Titz und Sina Laubenstein, moderiert von Kirsten Limbecker im Leipziger Ariowitsch Haus.

Von Kirsten Limbecker, veröffentlicht am 25. September im SLpB-Blog

Im Leipziger Ariowitsch-Haus kamen am 10. September über 70 Teilnehmende aus Zivilgesellschaft, Bildung und Verwaltung zusammen. Zum Rückblick auf die Wahlkämpfe in Sachsen waren zwei Referentinnen und ein Referent von Institutionen eingeladen, die demokratiefeindliche Aktivitäten in den sozialen Medien auch rund um Wahlen analysieren.

## Informationsstörung in den sozialen Medien

Eine gute Woche nach den sächsischen Landtagswahlen ging die Veranstaltung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung der Frage nach, welche Bedeutung gezielte Falschinformationen und Hasspostings in den sozialen Medien in den Wahlkämpfen hatten – und wie diese sich auf die Wahlergebnisse auswirkten. Diskutiert wurde auch, wer die tragenden Akteure hinter den demokratiefeindlichen Strategien

waren und sind und was mit Blick auf die kommenden Wahlen getan werden kann. Der Soziologe Dr. Johannes Kiess vom Leipziger Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) berichtete über rechtsextremistische und verschwörungsideologische Telegram-Kanäle in Sachsen. Alle Daten, die für die Analysen genutzt wurden, stammten laut Kiess aus öffentlich zugänglichen Kanälen.

## Rechtsextreme Mobilisierung auf Telegram

Worüber in den Kanälen kommuniziert wurde, ließ sich mittels trainierter Algorithmen messen. Wie in früheren Analysen stellte das EFBI auch für dieses Jahr fest, dass sich die Themen an dem orientieren, was in der medialen Öffentlichkeit breit diskutiert wird. Eine Ausnahme bilde das Thema Corona, welches auf Telegram noch immer bedeutsamer sei als in anderen Medien.

Kiess betonte, dass man zwar mit Hilfe von KI-Tools die Themen der Unterhaltungen ermitteln könne. Wie jedoch über diese gesprochen werde, das lasse sich auf diesem Wege nicht herausfinden und sei noch immer „Handarbeit“. Desinformation und antisemitische Erzählungen waren laut Kiess in den Posts ein übliches Mittel und hass- und angstschürende Beiträge an der Tagesordnung.

## Welche Strategien nutzen die Freien Sachsen?

Besonders präsent in der sächsischen Telegram-Szene sei die rechtsextremistische Kleinstpartei der Freien Sachsen. Auch wenn die Zahl der aktiven Besuche ihres Kanals zurückgehe, hätten die Freien Sachsen noch immer hohe Reichweiten erzielt. Im Fokus der Aktivitäten habe in diesem Jahr vor allem die Mobilisierung gestanden: zu Demonstrationen und auch zu den Wahlen. Damit, so Johannes Kiess, waren die Freien Sachsen auch erfolgreich. Dies habe sich beispielsweise bei der Bauern-Demonstration am 8. Januar in Dresden gezeigt, welche, so Kiess, „die größte neonationalsozialistische Demonstration seit dem Zweiten Weltkrieg“ war.

Aus seinen Beobachtungen der Telegram-Kanäle schlussfolgerte Kiess, dass die Freien Sachsen mit ihren 2,2 % bei der Landtagswahl die AfD den Wahlsieg gekostet haben könnten.

Allgemein plädierte er dafür, dass derartiges Social-Media-Monitoring zentraler organisiert und personell besser ausgestattet werden müsse. Zugleich mahnte er aber auch, dass die Erforschung nicht bei dem Monitoring stehen bleiben dürfe, wichtig sei es, die Ergebnisse mit dem Wissen aus anderen Beobachtungen und Studien zu bewerten und zu kontextualisieren.

## Falsche Geschichte: Messerangriff in Bautzen

Una Titz, Referentin beim Monitoringprojekt de:hate, zeigte einige Beispiele von Desinformation, welche in Sachsen 2024 kursierten. Es gab spezifisch sächsische Desinformation, wie die erfundene Geschichte eines Messerangriffs in Bautzen, den angeblichen Wahlbetrug in Weinböhla oder auch die falsche Auslegung sächsischer Kriminalstatistik durch einen erzgebirgischen AfD-Politiker. Doch sie betonte, viel häufiger würde es Falschinformationen geben, die von anderswoher kommend weiterverbreitet würden - oder

nicht landesspezifische Themen betreffen. Außerdem würde Una Titz beobachten, dass seit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk Rechtsextreme weltweit über die Plattform X wieder nach Sichtbarkeit auch in den großen Plattformen greifen würden. Weltweit könne man beobachten, dass die Antidemokraten aus den Nischen von weniger und nicht moderierten Foren wieder hervorkommen, in die sie sich nach einer stärkeren Moderation der großen sozialen Medien verzogen hätten.

## Weltweit zirkulieren die gleichen Zerrbilder

Sina Laubenstein, Politikwissenschaftlerin und Programmdirektorin am Institute for Strategic Dialogue (ISD), zeigte in ihrem Beitrag auf, dass die gleichen Inhalte und Erzählungen, die in Sachsen zirkulieren, auch in anderen demokratischen Ländern über die sozialen Medien verbreitet werden.

Das ISD beobachtet weltweit antidemokratische, extremistische und antisemitische Aktivitäten in den

sozialen Medien. In mehreren Studien wurden Wahlen in verschiedenen Ländern beobachtet, von den deutschen Bundestagswahlen über Parlamentswahlen in Südafrika bis zu Kommunalwahlen in Irland. Nach den Beobachtungen des ISD sind es häufig die gleichen Erzählungen, die im Internet weltweit rund um Wahlen verbreitet werden. Beispielsweise werden regelmäßig dieselben Mythen über einen angeblichen Wahlbetrug in Umlauf gebracht.

## So wird Hass online geschürt

Laubenstein berichtete auch, dass sich die Strategien und die angegriffenen Gruppen gleichen: So werde versucht, insbesondere religiöse Minderheiten, Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder Menschen aus der LGBTQ+-Community aus dem Debattenraum zu verdrängen. Durch Verächtlichmachung, Falschinformationen, Hasskommentare und auch Drohungen werden Menschen, die diesen Gruppen als zugehörig gesehen werden, angegriffen oder gegenüber der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht gerückt. Zugleich werden freie Presse, Zivilgesellschaft und demokratische Institutionen diskredi-

tiert. Das Vertrauen in demokratische Prozesse und Akteure solle damit geschwächt und Misstrauen und Streit gesät werden.

Die Ähnlichkeit dieser Strategien weltweit erklärte Laubenstein damit, dass es nichtstaatliche wie auch staatliche Akteure gibt, die Demokratien gezielt angreifen. Diese agierten global und ähnelten sich in dem Ziel, Demokratien zu schwächen. Dabei dürfe man nicht nur an den russischen Kreml, China oder Iran denken. Auch der Islamische Staat habe ein Interesse an der Zerstörung demokratischer Gesellschaften.

# „Je mehr Social Media, desto mehr Fake News“

## Wie man vor Wahlen verlässliche Informationen findet

Von Kirsten Limbecker, veröffentlicht am 12. August im SLpB-Blog

**Prof. Dr. Lutz M. Hagen ist Kommunikationswissenschaftler und forscht an der TU Dresden zur Qualität von Medieninhalten, Medienwandel und der Veränderung von politischer Kommunikation. Das Gespräch knüpft an seinen Vortrag vom 2. Mai 2024 in der Kulturfabrik Hoyerswerda an. Die Veranstaltung wurde von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung mitorganisiert und trug den Titel: „Wahlkampf im Zeitalter sozialer Medien – Medien, Demokratie und Fake News“.**

### Wahlkampf findet zunehmend in Sozialen Medien und auf digitalen Plattformen statt. Wie verändern sich damit die Inhalte, die von Kandidatinnen und Kandidaten öffentlich kommuniziert werden?

Die Kandidatinnen und Kandidaten haben diese Inhalte jetzt selbst unter Kontrolle. Man kann Publikum direkt erreichen. Das heißt Inhalte lassen sich auf bestimmte Zielgruppen zuschneiden bis hin zu sogar widersprüchlichen Botschaften. Inhalte erreichen die Menschen sehr viel häufiger ohne Filterung durch Journalisten und vielleicht auch nicht immer so, dass Wahlwerbung als solche erkannt wird. Man denkt vielleicht, man hat es mit einer journalistischen Plattform zu tun, in Wirklichkeit steht möglicherweise eine Kandidatin oder eine Partei dahinter.

### Wenn Parteien nicht mehr über die Presse oder den Rundfunk gehen müssen: Was bedeutet das in Zeiten von Wahlkampf für die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten?

Das hat eigentlich einen paradoxen Effekt: Journalismus wird zugleich unwichtiger und wichtiger. Früher hat man Massenkommunikation oft mit diesem Türwarter-Modell beschrieben: Da gibt es Leute aus der Politik oder Zivilgesellschaft, die wollen etwas mitteilen, und der Journalist, die Journalistin entscheidet darüber, ob das in die Öffentlichkeit kommt.

Heutzutage kann das aber jeder selbst mit geringstem Aufwand. Also werden journalistische Redaktionen zum Teil ausgeschaltet.

Auf der anderen Seite: Wenn ich große Reichweite erzielen will, gerade bei Leuten, die nicht in meinen Netzwerken und Echokammern zu Hause sind, dann brauche ich trotzdem die traditionellen Medien. Das andere ist, dass natürlich die Netze mit Informationen überschwemmt werden, die nicht immer qualitativ hochwertig oder im Fall von Wahlkampfkommunikation sogar klar einseitig sind. Dadurch werden Journalistinnen und Journalisten wieder wichtiger, sozusagen als Lotsen durch diesen Informationsdschungel.

### Erwarten sie, dass die diesjährigen Wahlkämpfe in Sachsen stärker mit Desinformation, Hass, Schmutzkampagnen und anderen unlauteren Mitteln geführt oder befeuert werden?

Fake News gibt es solange es öffentliche Information gibt, aber sie werden durch die sozialen Netzwerke enorm befeuert. Zwar wissen wir – zum Beispiel aus Studien zur letzten Bundestagswahl –, dass zumindest die offiziellen Kanäle der Kandidierenden und Parteien in Deutschland praktisch keine gezielten Fake News verbreiten. Aber man muss befürchten, dass Andere, etwa Sympathisanten aus unterschiedlichen Motiven Falschinformation gezielt einsetzen. Nicht nur, weil sie

politische Meinung machen wollen, sondern auch, weil sie Geld durch Klicks verdienen wollen oder weil sie einfach Spaß daran haben zu ärgern. Ganz grundsätzlich: Je mehr Social Media da eine Rolle spielt, desto mehr Fake News werden verbreitet.

**Wenn sich Menschen im Vorfeld einer Wahl zunehmend in den Sozialen Medien informieren statt bei journalistisch arbeitenden Medien: Welche Auswirkung hat das auf deren Meinungsbildung?**

Menschen neigen dazu, eher das wahrzunehmen und glauben zu wollen, was in die vorhandenen Meinungen und ins Weltbild passt. In Medienumgebungen, wo man ganz viele Auswahlmöglichkeiten hat, führt das dazu, dass sich diese Neigung sehr viel stärker auswirkt. Also auf gut deutsch: im eigenen Saft schmort man in den sozialen Medien viel leichter.

Wir sind auf Journalismus angewiesen. Die Medien sind eine Prothese, um Grenzen unserer Wahrnehmungsfähigkeit zu überwinden. Wir können nicht ständig selbst sehen, was in Berlin passiert oder in Dresden. Wer könnte schon regelmäßig im Stadtrat sitzen oder mit den relevanten Akteuren oder der Verwaltung sprechen. Dazu sind eben die Medien da.

Wenn wir nun zunehmend auf journalistische Medien verzichten und stattdessen nur mit anderen Primärakteuren kommunizieren von unsicherer Qualität, dann ist das riskant. Schon allein für die Güte der eigenen Information, aber auch gesamtgesellschaftlich, weil dadurch Polarisierung begünstigt wird. Wenn sich alle immer stärker in Richtung der Pole bewegen, denen sie am nächsten sind, dann wird das in der Gesellschaft dazu führen, dass man sich weniger gut versteht. Welche schlimmen Folgen das haben kann, sehen wir momentan vor allem schon in den USA.

**Sehen sie auch Vorteile darin, dass sich politische Kommunikation und Wahlkämpfe zunehmend in den digitalen Raum verlagern?**

Das Zeitalter der gedruckten Tageszeitung geht zu Ende. Das Austrägersystem, die Papierkosten: Das lohnt sich alles nicht mehr. Und insofern haben wir es mit einer unvermeidlichen Entwicklung zu tun. Ob das auch positive Aspekte hat? Ja natürlich! Deshalb nutzen wir es ja, weil es für uns alle auch Vorteile bringt: Es ist schneller, wir können stärker auswählen. Durch diese hohe Beschleunigung genügt das Internet unserem Anspruch, immer schneller informiert zu werden. Aber auf der anderen Seite führt das dann zu einer höheren Fehleranfälligkeit und steht auch zu anderen journalistischen Qualitätskriterien wie vielleicht Relevanz und Vielfalt im Widerspruch.

Eine weitere positive Auswirkung: Gerade in Deutschland beobachten wir in Wahlkampfzeiten immer noch, dass es einen sehr starken Regierungsbonus gibt. Regierende werden dadurch, dass sie gerade in aktuellen politischen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen was zu sagen haben, stärker beachtet. Da ist es natürlich für Parteien und Kandidaten aus der Opposition, eine positive Sache, dass man diese Hürde zum Teil umgehen kann.

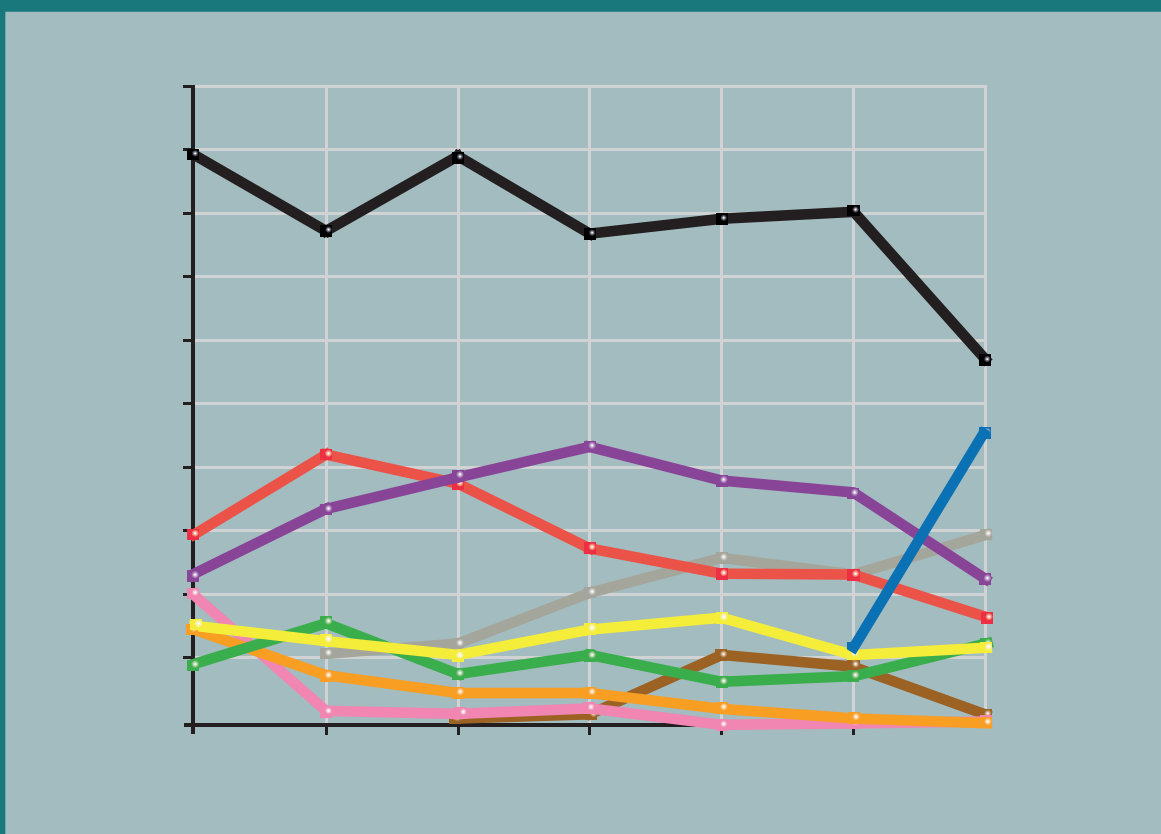
**Wenn sich Wählerinnen und Wähler über kandidierende Parteien und Personen informieren wollen, wie können sie nützliche und verlässliche Informationen finden und als solche auch erkennen?**

Zunächst einmal sollte man tatsächlich Quellen nutzen, die vertrauenswürdig sind und dazu zählen natürlich vor allen Dingen redaktionelle Quellen, also Qualitätsjournalismus. Die sind natürlich nie in dem Sinne objektiv, dass jede Zeitung, jeder Sender immer alles absolut ausgewogen darstellen kann. Da passieren Fehler, da gib es gerade auf der überregionalen Ebene politische Ausrichtungen – also die Frankfurter Allgemeine Zeitung ist eher rechtskonservativ, die Süddeutsche Zeitung mittig bis leicht linksliberal und so weiter.

Also diese spezifische Brechung muss man schon immer auch mitdenken, weil sie sich nie ganz vermeiden lässt. Man muss daher immer auch gegenüber sich selbst kritisch sein und gegenüber allen Quellen. Vor allen Dingen sollte man sich nicht leichtfertig bei stark emotionalisierenden und offensichtlich parteiischen Quellen informieren. Man sollte auch Zeit und Energie aufwenden und eben schauen, wie es um die Qualität von Quellen steht und was für einen das Richtige ist.

**Haben Sie noch weitere Tipps für Wählerinnen und Wähler und für eine selbstbestimmte Wahlentscheidung?**

Es gibt bei verschiedenen Wahlen solche Systeme wie beispielsweise den Wahl-O-Mat oder ähnliche Angebote von Institutionen, die zur Neutralität verpflichtet sind, und auch von Medien, die diesen Anspruch erheben. Solche Systeme werten dann die Parteiprogramme aus und versuchen, diese in Beziehung zu setzen zu dem was man selbst politisch bevorzugt: Also was ist mir zum Beispiel wichtiger: Dass alle am wirtschaftlichen Wohlstand teilhaben oder dass jeder wirtschaftlich möglichst frei selber bestimmen kann? Je nachdem finde ich mich bei der einen oder bei der anderen Partei, und im aktuellen Wahlprogramm besser aufgehoben. Und bevor man sich jetzt hinsetzt und alle Wahlprogramme durchliest, dann benutzt man eben den Wahl-O-Mat.



Joachim Amm / Werner Rellecke

# Wahlen und Parteien in Sachsen



Bei den Publikationen 2024  
ganz vorn mit dabei:

# „Wahlen und Parteien in Sachsen“

Wahlen und Parteien bilden Kernelemente der rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung in Deutschland wie auch in Sachsen. Die sächsische Landtagswahl am 1. September 2024 fand vor dem Hintergrund krisenhafter politischer Entwicklungen statt. So bestand ein Ziel des von Joachim Amm und Werner Rellecke verfassten Bandes „Wahlen und Parteien in Sachsen“ darin, die teilweise emotional aufgeladenen politischen Debatten durch die Bereitstellung verlässlicher Informationen zu versachlichen. Das Buch umfasst 286 Seiten und erschien im Sommer 2024 als Eigenpublikation der Landeszentrale. Es diente der kritischen, aber faktenbasierten politischen Willensbildung der sächsischen Wählerinnen und Wähler. Unter anderem wurde der Band bei den 60 SLpB-Wahlforen im Vorfeld der Landtagswahl kostenlos verteilt.

„Ohne Wahlen keine Demokratie!“ sagt Werner Rellecke, der als Referatsleiter in der SLpB und Autor das sächsische Wahlrecht beleuchtet. In dem Band werden das Wahlrecht in Sachsen auf der Gemeinde- und Kreisebene sowie bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen vorgestellt. Hierzu zählen nicht nur die Regeln für die Wählerinnen und Wähler, sondern auch die Bestimmungen für Kandidatinnen und Kandidaten, Parteien und Wählervereinigungen. „Die Wahlregeln müssen in der Bevölkerung bekannt und respektiert sein. Dann haben Manipulationsversuche, wie sie Donald Trump in den USA mit seinen Kampagnen der gestohlenen Wahlen unternommen hat, keine Chance“, so Rellecke.

Der Themenbereich „Parteien“ stammt aus der Feder von Dr. Joachim Amm, Referent der SLpB.

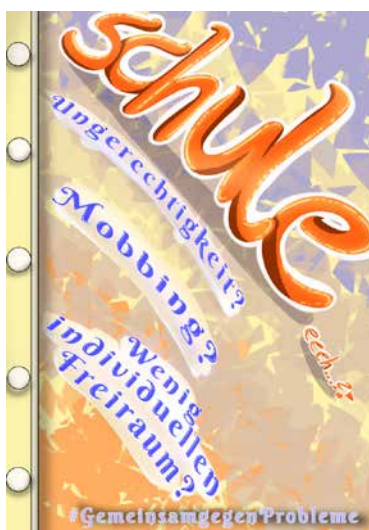
Es werden die rechtlichen Grundlagen, die Funktionen und die Finanzierung der politischen Parteien auf Landesebene beschrieben. Darauf folgen Kurzporträts von 28 sächsischen Parteien, die neben den „großen“ Parlamentsparteien auch sehr viele Kleinparteien umfassen, darunter beispielsweise die Partei „Volt“, das „Team Zastrow“ oder die „Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung“. „Viele dieser 28 Parteien traten schließlich gar nicht zur Landtagswahl an oder wurden nicht zugelassen“ sagt Dr. Amm, „aber das konnten wir zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht wissen“. Schließlich werden in dem Band auch, geordnet nach Politikfeldern, die aktuellen Landtagswahlprogramme 2024 aller fünf bereits zuvor im Landtag vertretenen Parteien vergleichend gegenübergestellt.

Mit dem Band wurde den sächsischen Bürgerinnen und Bürgern eine in dieser Form nirgendwo anders verfügbare Informationsquelle an die Hand gegeben. Es stellte deshalb auch ein analoges Gegenstück zum Online-Angebot des „Wahl-O-Mat“ dar, allerdings mit größerer inhaltlicher Breite und Tiefe.

Die Nachfrage des Buches war sehr erfreulich. Bis zum Ende des Jahres 2024 lag „Wahlen und Parteien in Sachsen“ mit 2.295 abgegebenen Exemplaren auf Platz 2 aller in dem Jahr angebotenen Titel der Landeszentrale, obwohl es erst im zweiten Halbjahr angeboten werden konnte. Parallel konnte und kann „Wahlen und Parteien in Sachsen“ auch als E-Book kostenfrei über die Homepage der SLpB heruntergeladen werden.

# Meinungsstark aber noch nicht wahlberechtigt?

Der Plakatwettbewerb der SLpB zur Landtagswahl 2024



Von Dr. Annette Rehfeld-Staudt

■ Auch in Zeiten von Digitalisierung und Social-Media-Kampagnen sind Wahlplakate noch immer ein unverzichtbarer Bestandteil aller Wahlkämpfe. So war es auch im Sommer 2024 in Sachsen vor der Landtagswahl: Von unzähligen Plakaten lächelten uns die Politikerinnen und Politiker der unterschiedlichsten Parteien entgegen und stellten uns ihre Vision einer „goldenen Zukunft“ in Aussicht. Das Problem dabei ist allerdings: Diejenigen, die wählen dürfen, sind die Erwachsenen, und schaut man auf die Altersstatistik in Deutschland, so stellt man schnell fest, dass die Wahlen überwiegend von Menschen über 60 Jahren entschieden werden. Diejenigen jedoch, für die die heute getroffenen Entscheidungen einmal tatsächlich relevant werden, nämlich die Kinder und Jugendlichen, haben bei Wahlen noch keine Stimme.



Plakatwettbewerb zu Themen, die noch nicht wahlberechtigte jungen Sächsinen und Sachsen für den Landtagswahlkampf 2024 wichtig waren. Die Gewinnerplakate konnten Dank der großzügigen Unterstützung der Firma STRÖER in ganz Sachsen großflächig plakatiert werden.

Diese Überlegungen haben die SLpB im Rahmen ihres Jugendprojekts WTF motiviert, im Zeitraum von Mai bis August 2024 einen Plakatwettbewerb im Vorfeld der Landtagswahl zu initiieren. Ziel war es, jungen Menschen unter 18 Jahren die Möglichkeit zu geben, ihre politischen Anliegen kreativ zum Ausdruck zu bringen und ihre Stimmen im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Durch den Wettbewerb sollten Jugendliche dazu angeregt werden, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, eine eigene Meinung zu entwickeln und diese auf künstlerische Weise zu präsentieren. Damit wollten wir die Anliegen der jungen Generation in den Fokus rücken und gleichzeitig auch die erwachsenen Wahlberechtigten sensibilisieren: Für die Bedeutung der jungen Stimmen und für die Themen, die Kindern und Jugendlichen wichtig sind. Auch sollten die erwachsenen Wahlberechtigten dazu animiert werden, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und eine verantwortungsvolle Entscheidung im Interesse der Zukunft ihrer Kinder und Enkel zu treffen.

Der Wettbewerb wurde breit beworben - mit Hilfe von Plakaten, Postkarten und online an rund 600 Schulen, soziokulturellen Zentren und bei Netzwerkpartnern aus dem Bildungsbereich. Die Landingpage des Wettbewerbs wurde rund 3.500-mal aufgerufen. In zwei verschiedenen Verfahren wurden die Preisträgerinnen

und Preisträger bestimmt: Als Erstes wurden die zehn besten Einreichungen durch eine Jury ausgewählt. Die Fachexpertinnen und -experten aus medienpädagogischen, politischen sowie künstlerischen Bereichen wurden dabei von jugendlichen Jurymitgliedern tatkräftig unterstützt. Im August gab es dann zusätzlich die Möglichkeit, den Community-Preis zu gewinnen. Dafür wurden alle Einsendungen in einem öffentlichen Voting präsentiert. Jeder und jede konnte dann für seinen oder ihren Favoriten abstimmen. Die Themen der jungen Künstlerinnen und Künstler reichten vom Klima- und Umweltschutz über Verbesserungen im Bildungs- und Verkehrssystem bis zum Umgang mit Schulangst und Cybermobbing. Die Gewinnerplakate wurden nicht nur mit einem Preisgeld ausgezeichnet, sondern zusätzlich auf Großflächen in ganz Sachsen prominent plakatiert. Die glücklichen Gewinnerinnen und Gewinner konnten sich über insgesamt 1.500 € Preisgeld sowie Bücher- und Sachpreise freuen.

So konnte ein kleiner Beitrag dazu geleistet werden, dass auch die Noch-nicht-Wahlberechtigten jungen Sächsinen und Sachsen im Landtagswahlkampf 2024 eine Stimme bekommen haben. Es bleibt zu hoffen, dass auch ihre Anliegen von der neuen Landesregierung gewürdigt werden.

# „Unsere jetzige Medienlandschaft existiert bald nicht mehr.“



Von Thomas Platz, veröffentlicht am 17. Mai im SLpB-Blog

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung hat ein neues Buch im Angebot: „Medien in Sachsen. Wie sie funktionieren und wer Medienpolitik macht“. Das Buch von Peter Stawowy und Christopher M. Brinkmann ist bestellbar, eine kostenlose PDF steht zum Download bereit auf unserer Website. Zur Buchvorstellung in Dresden diskutierten die Autoren mit Ine Dippmann, Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes Sachsen (DJV Sachsen), einige Thesen zum Stand und zur Zukunft der sächsischen Medienlandschaft.



Mitautor Peter Stawowy mit „Medien in Sachsen. Wie sie funktionieren und wer Medienpolitik macht“.

## These: Künstliche Intelligenz macht den Journalismus besser.

---

Bereits mit der ersten These wurde es kontrovers. Medienwissenschaftler Christopher M. Brinkmann stimmte sofort zu: Wenn sich zukünftig die KI um Wetterbericht und Börsennachrichten kümmert, bleibt mehr Zeit für Recherchen. Und auch dabei kann die KI helfen, wie die Auswertung der enormen Datenmengen der Panama-Papers zeigte. Angesichts des Spardrucks kann sich die Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes Ine Dippmann nicht vorstellen, dass eingesparte Wetterfrösche in andere Ressorts wechseln könnten. Medienhäuser würden diese Sparmöglichkeiten nutzen. Zudem gäbe es auch fachlich Grenzen. Einig war man sich, dass die KI bei der Recherche und Ideenfindung hilfreich sein kann.

## These: Gemeinnützigkeit könnte viele Probleme des Journalismus lösen.

---

Von der Steuervergünstigung könnten große Recherchenetzwerke wie CORRECTIV profitieren, betonte Peter Stawowy. Dem gemeinnützigen Lokaljournalismus bringen Steuervergünstigungen dagegen nicht viel. Dieser benötigt vor allem Unterstützung bei der Infrastruktur, hielt Ine Dippmann dagegen. Computer, Netzwerke und Arbeitsplätze wären dringender. Aber, wer soll das bezahlen? Und an welche Kriterien sollte die Gemeinnützigkeit geknüpft sein, fragte Christopher M. Brinkmann.

## These: Bürger-Journalisten werden eine immer größere Rolle spielen. Wir brauchen spezielle Fortbildungsangebote dafür.

---

Der örtliche Informationsbedarf wird immer weniger von lokalen Zeitungsredaktionen gedeckt. Parallel nimmt der Bürger-Journalismus zu, zahlreiche WhatsApp-Gruppen mit erheblicher Reichweite sind ein Beleg. „Der Bürger-Journalismus ist da und er gehört zur Zukunft der sächsischen Medienlandschaft“, konstatiert Medienwissenschaftler Brinkmann.

Strittig ist die Qualität der Inhalte. Neben sauberen Recherchen sieht Peter Stawowy eine Vielzahl handwerklich unzureichender Beiträge. Er plädiert für niederschwellige Fortbildungsangebote, nicht zuletzt würde die Gesellschaft von einem besseren Bürger-Journalismus profitieren.



Überraschung und Tempo: Die Thesen für die Diskussion wurden ausgelost und die Sanduhr sorgte für einen straffen Gesprächsfluss.



Ine Dippmann, Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verband Sachsen, ist überzeugt: „Der öffentlich-rechtliche-Rundfunk macht die Demokratie besser.“

**These:** In einer Demokratie sind öffentlich-rechtliche Sender unverzichtbar. \_\_\_\_\_

Die generelle Aussage der These war mit dem Verweis auf die antiken Demokratien schnell widerlegt. Einig war man sich allerdings, dass der öffentlich-rechtliche-Rundfunk die Demokratie besser macht. Nur er kann durch seine Unabhängigkeit die Geschehnisse für die Menschen umfänglich einordnen. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit ermöglicht eine inhaltlich breite, tiefgründige und regionale Nachrichtenlage, die kommerzielle Anbieter nicht gewährleisten können. Aber auch das kostet und so sei „das Versprechen einer Beitragsstabilität purer Populismus“, betonte Peter Stawowy.

**These:** Politische Medienbildung erreicht in Sachsen zu wenige Menschen, die sie besonders nötig hätten. \_\_\_\_\_

Lebenswelten sind Medienwelten. Politische und Medienbildung sind inzwischen untrennbar und nötiger denn je. Auch oder gerade, weil der individuell wahrgenommene Bedarf an politischer Medienbildung, besonders bei Erwachsenen, gering ist. Die von der SLpB herausgegebene Studie „Medienkompetenz in Sachsen“ belegt dies eindrücklich. Christopher M. Brinkmann mahnt, Fake News wirken in unserer Medienwelt politisch – Medienkompetenz ist Demokratiekompetenz. Und Ine Dippmann berichtet von ihren Erfahrungen bei Gesprächsveranstaltungen. Sehr häufig wird sie auf vermeintliche Direktiven aus dem Kanzleramt angesprochen und erlebt zum Teil eine geringe Bereitschaft, sich auf konträre Positionen einzulassen.

**These:** Radio, Fernsehen und Zeitungen in ihrer klassischen Form haben in Sachsen demnächst ausgedient. \_\_\_\_\_

Peter Stawowy ist sicher: „Unsere jetzige Medienlandschaft existiert bald nicht mehr.“ Regionale Tageszeitungen sind ab einer bestimmten Auflagenhöhe nicht mehr wirtschaftlich. Angesichts der rückläufigen Zahlen ist diese Grenze bald erreicht. Dann gibt es Zeitungen nur noch online, als Wochenzeitungen oder überregional. Für den ländlichen Raum befürchtet Christopher M. Brinkmann Nachrichtenwüsten mit demokratiegefährdenden Auswirkungen, zahlreiche Beispiele für diesen Zusammenhang lassen sich in den USA finden. Diese Befürchtungen teilen die Gesprächspartner, ebenso die Annahme, dass das Radio als Nebenher-Medium die größten Überlebenschancen hat.

**These: Soziale Medien müssen dringend stärker reguliert werden.** \_\_\_\_\_

„Was in den Sozialen Medien passiert, ist eine Katastrophe. Über die aufgeheizte Stimmung in der Gesellschaft müssen wir uns nicht wundern“ findet Blogger Stawowy und sieht Regulierungsbedarf. Zustimmung von Christopher M. Brinkmann, allerdings sieht er keine wirksamen Eingriffsmöglichkeiten für den Staat. Wie will Deutschland oder die EU Telegram regulieren, wenn das Unternehmen in Dubai sitzt? Ine Dippmann sieht auch die Radikalisierung in den Sozialen Medien mit Sorge, mahnt aber zur Vorsicht. Auch für den digitalen Raum gilt das hohe Gut der Meinungsfreiheit und Regulierungsversuche würden schnell als Zensur wahrgenommen.

**These: Die Zeit der großen Shitstorms ist in Sachsen vorüber, politische Debatte finden immer häufiger in geschlossenen Gruppen statt.** \_\_\_\_\_

Ganz allgemein sieht Peter Stawowy eine zunehmende Nachrichtenverweigerung und Abstumpfung. Ergänzend schildert Christopher M. Brinkmann den Rückzug in geschlossene Gruppen und die abnehmende Bereitschaft, sich kognitiven Dissonanzen auszusetzen. Beide vermuten, dass die Gesellschaft öffentlichen Diskursen eher ausweicht. Angesichts der massiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung rund um die jüngsten Bauern- und Handwerkerproteste oder nach den CORRECTIV-Recherchen kann Ine Dippmann keine Diskursverweigerung erkennen. Im Gegenteil: „Aufregung ist nicht schlimm. Reibung erzeugt Wärme. Das tut uns allen gut.“



#### Medien in Sachsen.

Wie sie funktionieren und wer Medienpolitik macht.  
Peter Stawowy & Christopher M. Brinkmann

Das Buch „Medien in Sachsen. Wie sie funktionieren und wer Medienpolitik macht“ bietet einen Einstieg in die Felder Journalismus und Medienpolitik im Freistaat. Es erklärt grundlegende Arbeitsweisen der Medienpraxis, und zeigt beispielhaft die Strukturen und Entscheidungsprozesse der Medienpolitik, die Prinzipien der Medienregulierung und -förderung, die regionale Arbeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und betrachtet das Aufkommen neuer journalistischer Angebote und Verbreitungswege. Das Buch ist eine Eigenpublikation der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.



Hand holding smartphone with QR code

www.slido.com Code:

MEDIEN KULTUR ZENTRUM DRESDEN

slpb

SAARLAND



Gemeinsam für ein  
besseres Internet:

# Wie können wir konkret auf EU- Digitalpolitik Einfluss nehmen?

Von Kirsten Limbecker, veröffentlicht am 6. Mai im SLpB-Blog

📌 Zur zweiten Runde der Reihe „Digital Fight Club“ im Dresdner Kraftwerk Mitte war Elina Eickstädt, die europapolitische Sprecherin des Chaos Computer Clubs, eingeladen. Sie berichtete von der Initiative gegen die sogenannte Chatkontrolle und darüber, wie die Zivilgesellschaft auf Entscheidungen der Europäischen Union Einfluss nehmen kann. Der Digital Fight Club ist eine Kooperation des Medienkulturzentrums Dresden e.V., der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes und der Volkshochschule Dresden.

Informaterin Elina Eickstädt beim Digital Fight Club im Dresdner Kraftwerk Mitte im Gespräch mit Rüdiger Fries von der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes. Die Diskussionen der Reihe finden vor Ort und im Live-Stream statt.

Wie die Europäische Union arbeitet, wirkt auf viele Menschen kompliziert und fern. Dagegen wecken Elina Eickstädt's lebendige Erzählungen sofort Interesse und machen klar: Europäische Politik betrifft unseren Alltag. Die Informatikerin ist europapolitische Sprecherin des Chaos Computer Clubs und seit zwei Jahren aktiv in der Kampagne „Chatkontrolle stoppen“, außerdem engagiert sie sich für weiblichen Nachwuchs in der

Informationstechnologie. Eickstädt zeigte in ihrem Impulsvortrag und der anschließenden Diskussion auf, dass es neben der Beteiligung an der Europawahl auch die Möglichkeit gibt, an verschiedenen Stellen Einfluss zu nehmen, wenn EU-weite Gesetze oder Richtlinien auf den Weg gebracht werden. Anhand ihrer eigenen Geschichte wird deutlich, dass politisches Engagement etwas bewirken und auch spannend sein kann.

## Im Ziel sind sich alle einig, doch die Mittel sind hoch umstritten

Eickstädt's Geschichte beginnt 2022. Damals machte die EU-Kommission einen Vorschlag für ein Gesetz gegen die digitale Verbreitung von kinderpornografischen Inhalten: Auf jedem Gerät eines Internetnutzers solle ein KI-Programm alle Chat-Nachrichten vor dem Absenden durchsuchen und strafrechtlich relevante Texte, Bilder oder Videos automatisch an Ermittlungsbehörden melden. Diese sogenannte Chatkontrolle ist der Kern eines bis heute umstrittenen Gesetzespaketes.

Dem Ziel des Gesetzes an sich stimmen im Grunde alle zu. Doch die Kritik an den gewählten Mitteln ist groß. Die Verschlüsselung von Nachrichten über Messenger wie WhatsApp oder Signal würde aufgebrochen und digitale Privatsphäre aufgehoben. Technisch sei kein

verlässliches Erkennen strafbarer Inhalte möglich. Eine immense Zahl von täglich falschen Meldungen würde Ermittlungsbehörden überlasten und Unschuldigen Probleme bereiten. Zudem werden in der Regel Bilder von Kindesmissbrauch selten über Messenger-Dienste ausgetauscht, sondern zumeist verschlüsselt auf Cloudserver hochgeladen.

Eickstädt ist überzeugt: „Es ist ein Irrtum zu glauben, dass Probleme, die sich in den digitalen Raum verlegen, allein digital gelöst werden können.“ Kindesmissbrauch sei ein gesamtgesellschaftliches und kein technologisches Problem. Sie plädiert stattdessen für mehr Aufklärung, Medienbildung, Therapie, Kinderschutz und Sozialarbeit.

## Stellungnahmen, Wahlentscheidungen und Kontaktieren von Abgeordneten

Von Beginn an mischte sich daher Eickstädt und mit ihr eine wachsende Zahl engagierter Menschen und mittlerweile 133 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Europa ein. Sie wandten sich mit Stellungnahmen an die Kommission und das EU-Parlament. Denn dorthin wandert ein Vorschlag und wird in Fachausschüssen und in Facharbeitsgruppen diskutiert. Eickstädt verweist darauf, wie wichtig daher die Wahlen zum Parlament seien, die in Deutschland am 9. Juni stattfinden.

Wer sich vor den Wahlen informieren möchte, welche Partei zu einem Thema welche Positionen vertritt, dem empfiehlt sie einen Blick in die Wahlprogramme und die gezielte Suche darin mit Schlagworten wie „Chatkontrolle“. Zudem wird es wieder den Wahl-O-Mat geben und einige Organisationen, die zu verschiedenen

Themen Wahlprüfsteine veröffentlichen. Zur Digitalpolitik, vermutet Eickstädt, werde auch das Online-Portal Netzpolitik.org wieder eine Zusammenstellung veröffentlichen. Man solle sich auch nicht scheuen, bei den eigenen Kandidaten und Kandidatinnen direkt nachzufragen.

Auch in die Debatten des EU-Parlamentes könne man sich laut Eickstädt einbringen, indem man die eigenen Vertreterinnen und Vertreter kontaktiert. In der Regel antworten ihrer Erfahrung nach Mitarbeitende und Abgeordnete auf E-Mails oder Anrufe. Mitarbeitende des Parlamentes seien oft sehr dankbar für fachkundige Hinweise. Doch auch Menschen ohne tiefere Kenntnis könnten Sorgen, Unklarheiten oder Anregungen an die Abgeordneten tragen.

## (In-)Transparenz und wie man seine Informationsrechte wahrnimmt

Beschließt letztlich das EU-Parlament einen Entwurf, landet dieser im Trilog. Dort beraten und streiten Vertreter aus Kommission, Rat und Parlament in einer zumeist sehr langen, schlaflosen Sitzung über die finale Fassung. Hier gibt es deutliche Kritik von Eickstädt und den Gästen im Raum. Denn wer genau in einem Trilog mitredet und wie die Entscheidungen schlussendlich gefällt werden, ist nicht wirklich transparent. Eine Initiative für mehr Transparenz gibt es von der

Organisation „Frag den Staat“. Über deren Webseite kann man auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes alle möglichen Dokumente auch der EU erfragen.

Eickstädt ruft dazu auf, Informationsrechte wahrzunehmen. Einsicht zu nehmen in Abläufe, Diskussionen und Pläne sei essentiell, um sich einmischen zu können. Die zukünftigen Vorhaben der Kommission kann man über den sogenannten Fahrplan einsehen.

## Erfolge von politischem Engagement und was auf Dauer motiviert

Rückblickend auf zwei Jahre Engagement kann die Initiative gegen die Chatkontrolle aus Eickstädts Sicht so manchen Erfolg verbuchen: Das Vorhaben sei zwar nicht gestoppt, aber ausgebremst. Sehr positiv wertet sie, dass sich viele Initiativen rund um das Thema Kinder- und Jugendschutz miteinander vernetzt haben. Von einem Gast gefragt, wie sie ihren Optimismus behält, gibt Eickstädt mehrere Antworten:

Sie sagt, politisches Engagement „kann total schön sein, gerade in Gemeinschaft“. Im Vergleich zu anderen Ländern habe sie zudem gelernt, gäbe es in Deutschland ein sehr hohes Bewusstsein für Verschlüsselung und das Recht auf Privatsphäre. Auch habe ihr die Zeit gezeigt: So komplex und zäh die

EU manchmal sein könne, „so menschlich ist das Konstrukt“. Alle Menschen würden auch mal Fehler machen, aber viele seien zugänglich und offen für Argumente.

Besonders wichtig findet Eickstädt, dass man nicht allein für seine Anliegen streitet, sondern sich mit anderen zusammenschließt. Denn man brauche einen langen Atem und müsse sich auch mal rausnehmen können. Was sie stark motiviere, sei das Wissen darum, dass die meisten Rechte über lange Zeiträume und von vielen Menschen erkämpft worden sind. Eickstädt sagt, vieles stehe einfach auf dem Spiel, und auf diese Weise könne sie ein bisschen zu einer besseren Welt und einem besseren Internet beitragen.

### Digital Fight Club

Der Digital Fight Club behandelt aktuelle netzpolitische Themen und Entwicklungen. Die Reihe bietet grundlegende Informationsangebote, Raum für einen gemeinsamen Austausch und Diskussion sowie ein gemeinsames Nachdenken darüber, welche (politischen) Handlungsperspektiven sich beim jeweiligen Thema eröffnen und welche politischen Forderungen sich ableiten lassen. Der Digital Fight Club ist eine Kooperation von Medienkulturzentrum Dresden e. V., der Landeszentralen für politische Bildung des Saarlandes Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie der Volkshochschule Dresden.



KI und Demokratie:

# Zwischen Untergang und Heilserwartung

Von Peter Stawowy, veröffentlicht am 2. Dezember im SLpB-Blog

📌 Welche Rolle spielt Künstliche Intelligenz in der Demokratie? Welche kann sie spielen? Um diese Frage zu beantworten, muss man erst einmal verstehen, was KI überhaupt ist und was sie kann – und vor allem: wo die Gefahren und die Grenzen liegen.

„Der Diskurs über KI bewegt sich zwischen Hype und Untergang“, eröffnete Dr. Nikolai Horn den ersten Vortrag. Horn ist Philosoph und arbeitet im iRights.Lab, einem Think-Tank zu gemeinwohlorientierter Digitalisierung. „Entweder wird KI mit Gott gleichgesetzt oder aber mit der Atomkraft verglichen“, beschrieb er die Aufregung über die aktuellen Entwicklungen, die seit der Veröffentlichung von ChatGPT ordentlich in Bewegung gekommen sind. Rund 130 neue Anwendungen würden aktuell pro Tag vorgestellt, berichtete er – und nein, er selbst würde nicht hinterherkommen, alle genau zu betrachten. Immerhin, eine Anwendung kennen fast alle: Denn nahezu alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtags hoben die Hand, als die Frage aufkam, wer ChatGPT schon einmal verwendet hätte.

## Droht die Algotokratie?

Dr. Horn beschrieb die verschiedenen Narrative: Entweder wird KI als höchst bedrohlich angesehen. Es könnte zur Manipulation eingesetzt werden, so die Befürchtung; oder es drohe möglicherweise die „Algotokratie“, was – abgeleitet von dem Wort Algorithmus – die Herrschaft der KI über die Menschen bedeuten würde. Das Gegenteil davon nennt er das Hermes-Narrativ: Das betrachtet KI als alternativlos, es gehe um Effizienz und Entlastung und also unsere Wettbewerbsfähigkeit. Das Prometheus-Narrativ schließlich denkt Potenziale und Risiken zusammen, wofür sich Horn ausspricht: Er favorisiert die reflexive Einzelfallbetrachtung jedes Tools, um eine Einschätzung über Risiken, Gefahren und Chancen vornehmen zu können.

Als Philosoph konnte er sich auch nicht einen Ausflug auf die Metaebene verkneifen. So wies er zurecht darauf hin, dass über Begriffe wie „Intelligenz“, „lernen“ und „halluzinieren“ KI regelrecht vermenschlicht werde, was falsche Assoziationen wecke. Dabei, so der Philosoph, ist sich die Forschung noch gar nicht einig, was Bewusstsein eigentlich genau ist.

Auch den Begriff „Intelligenz“ sieht er in diesem Zusammenhang als problematisch an, wisse man doch auch noch gar nicht genau, was das eigentlich bedeutet. „Wir aber tun so, als wüssten wir, dass es bald ein eigenes künstliches Bewusstsein mit eigener Intelligenz gibt“, stellte Horn fest.



Nikolai Horn zur Rolle der Künstliche Intelligenz in der Demokratie: „Es bringt alles nichts, wenn Menschen demokratische Werte nicht teilen.“

## Auswirkungen auf die Demokratie

Im weiteren Verlauf seines Vortrags untersuchte Horn zentrale Demokratie-Aspekte wie Volkssouveränität, Gewaltenteilung und freie Information auf Risiken und Chancen, die durch den Einsatz von KI entstehen könnten. Er brachte verschiedene Beispiele: So könne etwa die Volkssouveränität durch den Einsatz bei Teilnahmeverfahren erheblich profitieren. Als Risiken identifizierte er die mögliche Entstehung von Echokammern, die Priorisierung emotionalisierender, affektiver Beiträge und die Manipulation von Mikrogruppen.

Noch konkreter wurde er bei dem Einsatz im Bereich Gewaltenteilung. So erzählte er von einem Beispiel aus den Niederlanden, wo die komplette Regierung zurücktreten

musste, nachdem eine KI-Software Eltern Betrug bei Beihilfen unterstellt hatte. Die Datengrundlage war schlicht falsch, dafür musste am Ende die Regierung die Verantwortung übernehmen. Ein weiteres Beispiel: Eine in den USA eingesetzte Software unterstellte dunkelhäutigen Menschen, potenziell schneller rückfällig bei Straftaten zu werden. Er brachte auch ein Beispiel aus Deutschland: Das Bundesamt für Asyl sei heftig kritisiert worden, weil es KI eingesetzt habe, um Dialekte zu erkennen und so den Herkunftsort von Flüchtlingen zu ermitteln. „Neben Hermes gibt es auch Pandora“, sagte Horn in Anspielung auf die Missbrauchsmöglichkeiten – etwa die Entstehung eines Überwachungsstaates – durch den Einsatz von KI-Software.

## Grundrechtseingriffe durch Plattformbetreiber?

Für nahezu jeden Demokratieaspekt nannte Nikolai Horn Chancen und Herausforderungen: KI könnte sowohl dafür eingesetzt werden, antidemokratische Trends zu identifizieren wie auch diese in Umlauf zu bringen. Eine große Rolle spielt dabei in seinen Augen auch die mögliche Abhängigkeit von IT-Lösungen der Unternehmen, was eine Delegation hoheitlicher Aufgaben an Plattformbetreiber bedeuten würde. Und die grundsätzliche Frage nach dem Gewaltmonopol stellt: „Ist das Aussortieren von Hasskommentaren nicht schon einen Grundrechtseingriff?“ fragte er.

Horn kam zu dem Schluss: „KI ist weder pro- noch antidemokratisch.“ Alle Aspekte von Demokratie seien potenziell KI-offen, wir sollten dabei den Fokus jedoch

nicht nur auf Desinformationen legen, so Horn. Doch KI allein kann Demokratie weder retten noch stärken, denn: „Die KI lebt von Voraussetzungen, die nicht-technologischer Form sind. Die Anwendungen an sich sind dann eher sekundär.“

Es bleiben aber, und damit schloss sein Beitrag, eine Reihe offener Fragen: Wie fließen demokratische Werte in die Algorithmen-Logik, z.B. bei der Bewertung der Relevanz von Beiträgen ein? Können wir wirklich die Wertevermittlung auf Anbieter und Tech-Konzerne übertragen? Welche Haltung haben diejenigen, die KI-Tools entwickeln und einsetzen? „Es bringt alles nichts, wenn Menschen demokratische Werte nicht teilen“, so Horn.

## Desinformation mit KI bekämpfen

Als nächstes trat Isabel Bezzaoui ans Rednerpult. Die Soziologin ist Mitarbeiterin im Projekt DeFaktS vom Forschungszentrum Informatik in Karlsruhe. DeFaktS soll dabei helfen, Online-Desinformation zu bekämpfen. Der Name steht dabei für „Desinformationskampagnen beheben durch Offenlegung der Faktoren und Stilmittel“.

Bezzaoui erklärte im Detail, wie ihr Team die Programmierung der Software angegangen sei. Als einer der ersten kniffligen Fragen hatte sich das Team damit auseinandersetzen müssen, wie man einen Datensatz herstellt, der anhand von typischen stilistischen Mitteln eine Unterscheidung treffen kann zwischen Desinformation und vertrauenswürdiger Information. Dabei wurde nicht versucht, Wahrheit zu erkennen, sondern stilistische und sprachliche Mittel auszumachen, die häufig in Falschinformationen eingesetzt werden. „Eine nicht ganz triviale Aufgabe“, so Bezzaoui. Die Forschenden haben eine Taxonomie entwickelt, welche die sprachlichen Merkmale und Stilmittel kategorisiert. Neun

Tutoren hätten anhand dieser in einem Zeitraum von über zwölf Monaten über 30.000 Nachrichten aus Twitter und Telegram gesichtet, mit Labels versehen und damit die Datengrundlage für die KI erstellt.

Das Ziel des Forschungsprojektes ist es schließlich, eine App zu entwickeln, mit der Nutzerinnen und Nutzer von Android-Geräten sich Beiträge in sozialen Medien bewerten lassen können. Dabei gibt die KI eine Wahrscheinlichkeit aus, mit der ein Post eine Desinformation sein könnte und erstellt eine nachvollziehbare Erklärung welche Merkmale darauf hindeuten.

DeFaktS habe aber Grenzen, so Bezzaoui: Es könne sensibilisieren und ein Bewusstsein schaffen. Das Programm ersetze aber nicht das klassische Fact-Checking und könne also keine entsprechenden Organisationen ersetzen; es sei also allenfalls ein Anfang. „Wir können so nicht das Problem der Desinformation und ihrer Folgen ganzheitlich lösen“, so Bezzaoui.

## Desinformations-Narrative besser verstehen

Per Video schaltete sich Dr. Vera Schmitt, Forschungsleiterin der XplaiNLP Research Group an der TU Berlin, dazu. Sie eröffnete ihren Vortrag mit einigen persönlichen Informationen: Fotos zeigten sie auf einem 7.000er Berg im Himalaya, in der Wüste und beim Weltraum-Training, dass sie auf einen Aufenthalt auf der Raumstation ISS vorbereiten sollte. Auch wenn die Fotos überzeugend realistisch aussahen, war schnell klar: Nur eines der Motive war wirklich echt, die anderen waren mit einer generativen KI erstellt worden.

Schmitt berichtete über ihre Forschung zu Desinformation an der TU Berlin. Die XplaiNLP Gruppe untersucht Möglichkeiten, Des- und Misinformation mithilfe von KI zu erkennen und zu bekämpfen. Denn gezielte Desinformation wird sowohl im Vorfeld von Wahlen als auch bei Konflikten und Kriegen wie in der Ukraine und Israel eingesetzt. Im Projekt news-polygraph entwickeln die Forscherinnen und Forscher eine Plattform, die Journalistinnen und Journalisten dabei unterstützen soll, Desinformation in Bild, Video, Audio und Text zu erkennen. Bei dem Projekt VeraXtract liegt der Fokus darauf, Desinformationsnarrative besser zu verstehen. Ziel ist es, eine umfassende Übersicht über Mis- und Desinformationen zu schaffen, um insbesondere Bürgerinnen und Bürger den Zugang zu diesen Informationen zu erleichtern.

„Die Programmierung der KI sei das größte Problem“, so Schmitt. Auch sie verwendete die Beschreibung „nicht ganz trivial“ für diese Herkules-Aufgabe. Bei Bildern sei die Untersuchung schwieriger als bei Texten: „Am Ende schaut man Pixel für Pixel durch“, so Schmitt. Eine andere Herausforderung sei die Frage, wie transparent man das eigene Modell mache, könnte dies doch am Ende Manipulationsmöglichkeiten eröffnen.

Zusätzlich gäbe es noch umfangreiche rechtliche Herausforderungen zu beachten. Desinformation mit Software zu bekämpfen, sei aktuell ein Katz-und-Maus-Spiel: „Ja, im Kampf um die Enttarnung sind wir auf jedem Fall weithinterher im Rückstand“, sagte Schmitt. Dies sei auch eine Frage der Ressourcen.

Den Beiträgen zu den Einsatzmöglichkeiten von KI in demokratischen Prozessen und zur Beämpfung von Desinformation im Internet folgten zwei Vorträge aus der Welt der Medien und des Journalismus.

Ine Dippmann, stellvertretende Studiolleiterin beim MDR und Vorsitzende des Deutschen Journalisten-



Abschluss-Diskussion mit Nikolai Horn, Kirsten Limbecker (Moderation), Rebecca Ciesielski und Ine Dippmann (v. l.)

Verbands Sachsen, berichtete über den Einsatz von KI beim Mitteldeutschen Rundfunk und bei anderen sächsischen Medien. „Es gibt keine Angst vor dem weißen Blatt mehr“, berichtete sie über die Möglichkeit, ChatGPT und andere Programme wie Google Trends für die Themenfindung einzusetzen. Sie zeigte aber auch am praktischen Beispiel, dass die KI ihre Grenzen habe: So schlug ihr ChatGPT vor, über einen verschwundenen Zoowärter mit prominenten Namen zu berichten – die Verbindung der Person aber mit der Tätigkeit als Zoowärter ist von der Maschine frei erfunden. Ihr erstes Fazit: „Zum Recherchieren nein, als Inspiration ja“.

Auch seien schon jede Menge praktische Tools im Einsatz, etwa bei der Transkription von Interviews. Man experimentiere beim MDR zwar mit den Möglichkeiten, sei aber nach wie vor sehr zurückhaltend: „Es befindet sich alles noch in der Pilotphase.“ Ob und wie bei sächsischen Zeitungen KI eingesetzt werde, da hielten sich die Verlage bislang sehr bedeckt, berichtet Dippmann.

Sie endete ihren Vortrag mit der Forderung, dass Regulierung durch den Gesetzgeber unerlässlich sei, etwa wenn es um Datenschutz, Kennzeichnungspflicht und Urheberrechte geht.

## Individuelle Programm-Angebote durch KI

Rebecca Ciesielski arbeitet als Reporterin am AI + Automation Lab des Bayerischen Rundfunks. Das ist einerseits eine Redaktion, die sich investigativ mit Algorithmen und Automatisierung befasst. Und andererseits werden hier in Zusammenarbeit von Journalisten und Informatikern praktische KI-Anwendungen für den Journalismus entwickelt. Auf diesem Gebiet gehört das Lab zu den führenden Entwicklern in Deutschland.

Auch Ciesielski ging auf die Vorteile von KI für den Journalismus ein: Recherche und Faktenüberprüfung könnten zwar nicht abgenommen aber unterstützt werden, und KI kann automatisiert Untertitel erstellen oder gesprochene Texte transkribieren. Auch bei der Archivierung und Verbreitung von Inhalten kann KI assistieren. Sie stellt auch verschiedene Tools vor, die beim Bayerischen Rundfunk schon im Einsatz sind: So gibt es etwa das „Regionalupdate“, bei dem die KI Orts-

marken in das Programm reinschneidet und regionale Inhalte einbaut, die für das Publikum vor Ort relevant sind. Software würde es so ermöglichen, Inhalte zu einem Thema aus anderen Programmen zusammenzuziehen und zu einem neuen Programm zusammenzustellen.

Ein weiteres Tool ist „Second Opinion“, das es Nutzenden ermöglicht, sich eine Zusammenfassung zu einem Thema mit unterschiedlichen Meinungen erstellen zu lassen. Andere KI-Programme helfen bei der Erstellung von Social-Media-Postings oder untersuchen Kommentare solcher Posts auf konkrete Fragen, die anschließend durch Journalistinnen und Journalisten beantwortet werden können. Ciesielski warnte aber auch vor dem „Automation Bias“: Menschen halten Maschinen häufig für glaubwürdiger, denn auch KI könnte Fehler machen.

## Fällt mein Job vielleicht weg?

Die Abschluss-Diskussion mit Ine Dippmann, Isabel Bezzaoui, Rebecca Ciesielski und Nikolai Horn verließ den inhaltlichen Rahmen KI und Demokratie und fragte übergeordnet: Was kann und sollte der Mensch nicht aus der Hand geben?

Zunächst einmal wurde eine zentrale Frage gestellt: Die nach den Zukunftssorgen um den eigenen Job. Eine Befragung des Publikums zeigte, die wenigsten im Saal haben die Sorge, dass ihr Beruf wegfallen wird. Tatsächlich, so erwähnte das Podium, gibt es eine Studie von 2013, welche Berufe alle durch KI entfallen könnten. Bis heute hat sich diese Prophezeiung nicht im Ansatz erfüllt.

Uneinigkeit herrscht über die Frage, ob die Arbeit durch KI leichter wird. Nein, antwortete jemand aus dem Publikum, der Schulung zur Medienkompetenz macht. Denn es gebe auch damit immer neue und größere Herausforderungen. Auch Nikolai Horn betonte, zwar könnten unliebsame Aufgaben an die KI abgegeben werden. Tatsächlich aber befürchtet er, dass die Dichte der Arbeit durch KI eher steigen könnte. „Das Aufgabenspektrum wird sich verändern“, mutmaßte er.

Ine Dippmann vertrat die These, dass sich einzelne Spezialisierungen herauskristallisieren werden und der Mensch mehr Zeit haben werde für komplexere Aufgaben. Doch zugleich wurden Bedenken auf dem Podium geäußert, welche sozialen Verwerfungen KI mit sich bringen könnte, wenn weitere Arbeitsplätze mit geringeren Anforderungen an Qualifikation weiter automatisiert würden.

Rebecca Ciesielski treibt auch eine andere Sorge um: Sie fragt sich, inwiefern die KI auch Grundrechte gefährde und damit auch die Gesellschaft destabilisiere. Zumal der Gesetzgeber kaum mit der Entwicklung mithalten könne, die sich gerade abspielt. Sie brachte ein Beispiel: Eine Recherche über den Lieferdienst Lieferando hatte ergeben, dass dessen Datenerfassung dort eine illegale Datenerhebung darstelle – eine Strafe sei aber nie verhängt worden. Das hänge vermutlich an der Überlastung der Datenschützer. Eine weitere Recherche hätte ergeben, dass man über Daten von Datenhändlern aus den USA auch Geheimdienstmitarbeiter erfassen und enttarnen könne. „Die Datenhändler wären nach DSGVO belangbar gewesen – sie sitzen aber in Florida“, berichtete sie.

## Die Fake-News-Flut ist schon da

Diskutiert wurde auch die Frage, ob eine Fake-News-Flut droht und welche Auswirkungen das auf die Demokratie haben könnte. Das Podium antwortete: „Die Angst ist berechtigt.“ Ciesielski konkretisierte: „Wir sind mittendrin. Es gibt super viele Fake-Informationen, viele falsche Bilder. Es gibt Beispiele, wo der Videofilter ausfällt – und man sieht beispielsweise im Videi sei gar keine 18-jährige Chinesin zu sehen, sondern eine ältere.“ Sie betonte gleichzeitig, dass Fake-News kein Problem allein des Netzes und der KI seien.

Rege diskutiert wurde auf dem Podium auch die Macht der großen Tech-Konzerne, bei denen nicht nur technisches Wissen, sondern auch die Daten der Menschheit zunehmend konzentriert sind. Die Einhaltung von Regeln für einen verantwortlichen Einsatz von KI auf der Grundlage von Gesetzen steht unter

großen Schwierigkeiten. Zum einen haben Unternehmen aus den USA andere gesetzliche Grundlagen und einen schwächeren Datenschutz und weniger Regulierung als es in Europa verbreitet ist. Zum anderen funktioniert die Durchsetzung von Regulierung unzureichend und die Behörden sind im Vergleich zur Macht der Tech-Giganten eher schwach ausgestattet.

Die letzte Frage der Diskussion war: Gibt es Dinge, die KI niemals lernen wird? Ein Zuhörer meinte, dass KI niemals menschliche Wärme vermitteln könne. Andere nannten „Humor“ oder die Fähigkeit, in gefährlichen Situationen angemessene Entscheidungen zu treffen, als Fähigkeiten, die nur der Mensch besitze. Passend dazu war man sich auf dem Podium einig, dass niemand die Kontrolle eines Atomkraftwerks allein einer KI anvertrauen würde.



## Fazit: Chancen und Herausforderungen

Zum Abschluss der Diskussion fasste Moderatorin Kirsten Limbecker (SLpB) zusammen, dass KI weder ein Allheilmittel noch eine Bedrohung sei, die zum Untergang der Menschheit führen werde. Die Herausforderung liege darin, weder in Alarmismus noch in naive Begeisterung zu verfallen, sondern sich bewusst mit den Möglichkeiten und Risiken auseinanderzusetzen. Vieles sei noch unklar und werde sich erst im Laufe der Zeit zeigen. Die Entwicklungen seien disruptiv, aber die Chancen auf sinnvolle Anwendungen und gesellschaftliche Verbesserungen durch KI seien real – wenn sie verantwortungsvoll eingesetzt und reguliert werde. Wobei die Moderatorin auch darauf verweist, dass

im Rahmen der Tagung nicht über das Problem des immensen Energie- und Ressourcenverbrauchs durch zunehmenden Einsatz von KI gesprochen wurde. Das habe schließlich potentiell verheerende Auswirkungen auf den Klimawandel und auch auf geopolitische Spannungen.

Das Spannungsfeld zwischen Angst und Hoffnung blieb bis zum Ende der Diskussion präsent. Nikolai Horn formulierte es positiv: KI fordert die Menschheit auf, sich selbst besser zu verstehen. Denn nur der Mensch hat die Fähigkeit, sich selbst und die Gesellschaft zu reflektieren. Das wird KI wohl niemals leisten können.



Oben: Alle Zubereitungsschritte klar? Dozentin und leidenschaftliche Köchin Sieglinde Eichert hat beim Rundgang zu den verschiedenen Kochstationen viele Tipps parat.  
Fotos: Oliver Killig



# Kochen für Europa!

Von Sieglinde Eichert und Hannes Lauter

Was hat die EU mit unserem Alltag zu tun – zum Beispiel mit geraden Gurken im Supermarkt oder der Deklaration von Erdbeermarmelade? Und wie stellen Sie sich die Zukunft Europas vor? Im Rahmen unserer Reihe „Kontrovers vor Ort“ kamen wir 2024 an verschiedenen Orten in Sachsen beim gemeinsamen Kochen und Essen darüber ins Gespräch.



Das Menü startete mit einem frischen Brotsalat...

## Arme Ritter, pain perdu und rabanadas – kostbare Reste...

Im Workshop „Kochen für Europa“ stellte Dozentin Sieglinde Eichert ein ganz spezielles Europa-Menü zusammen. Im Mittelpunkt steht dabei das Brot. „In Deutschland und Europa landen Unmengen Brot im Müll“, sagt sie. Dabei gebe es zahlreiche „Brot-Wertschätzungs-Rezepte“ aus verschiedenen Ländern. Diese bereitete Sieglinde Eichert gemeinsam mit den Teilnehmenden zu und gab ihr Wissen über unterschiedliche europäische Rezepte, Gewürze und Speisetraditionen weiter.



... und fand den krönenden Abschluss im leckeren Dessert. Haben Sie schon mal „Arme Ritter“ gegessen? Vielleicht war das in Ei und Milch getunkte und dann gebratene Weißbrot auch ein Lieblingsgericht Ihrer Kindheit. In Frankreich heißt diese Art der Brotverwertung „pain perdu“ (verlorenes Brot), in der Schweiz spricht man von „Frotzelschnitten“ und in Portugal wird dieses Gericht mit Zimt und Zucker sogar als traditionelles Weihnachtsgericht serviert: „rabanadas“ ist der portugiesische Name. Auch in Spanien, Finnland, Ungarn und Holland finden sich ähnliche Rezepte.



Erst kochte er gemeinsam mit der Gruppe, anschließend moderierte Hannes Lauter (links im Bild) das Gespräch beim und nach dem Essen.



Auf dem Weg zum Menü aus Suppe, Salat, Hauptgang, Snacks und Dessert wurde Gemüse geschnippelt...



Internationale Fischfangflotten lassen den lokalen Fischern immer weniger. Huber: „Viele Küsten in Afrika sind inzwischen leergefischt... Menschen verlassen Afrika, weil sie dort keine Lebensgrundlage mehr haben.“ Foto: IMAGO / Joerg Boethling

# „Menschen verlassen Afrika, weil sie dort keine Lebensgrundlage mehr haben“

Interview von Doreen Reinhard, veröffentlicht am 2. April im SLpB-Blog

Charles M. Huber ist in Deutschland und im Senegal zu Hause. Er ist Schauspieler, Autor und Politiker. In acht Vorträgen im Rahmen der Reihe „Kontrovers vor Ort“ beleuchtete er 2024 die jüngere Geschichte des afrikanischen Kontinents. Als Sohn eines senegalesischen Diplomaten, Großneffe des ersten Präsidenten Senegals, ehemaliger Berater des aktuellen Präsidenten und als ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter kennt Huber das Thema aus verschiedenen Perspektiven. Er kritisiert den verzerrten Blick auf die Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika.

**Herr Huber, Ihre familiären Wurzeln liegen in Deutschland und im Senegal. Was bedeuten Ihnen beide Länder?**

Ich bin Niederbayern aufgewachsen. In meiner Kindheit gab es für mich auch nur diese Heimat. Eine sehr traditionelle Region, in der ich verwurzelt bin. Ich bin mit dem Dialekt aufgewachsen, spreche ihn noch immer. Auch wenn ich heute durch andere Länder reise, habe ich einen Trachtenjanker dabei. Den trage ich nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil er für eine Tradition steht, die mir wichtig ist. Der Senegal, aus dem ein anderer Teil meiner Familie stammt, ist aber genauso Heimat für mich. Ich spreche die Sprache, habe auch dort Familie und verbringe im Senegal ebenfalls viel Zeit. Einige meiner Verwandten waren dort in der Politik. Ein Onkel meines Vaters, der ja selbst Diplomat war, war der bekannte Philosoph und Präsident Leopold Sedar Senghor. Meine Tante Caroline Faye war Ministerin und Frauenrechtlerin. Ich habe mich bereits seit Mitte der 90er Jahre für den Wirtschaftsdialog zwischen Senegal und Deutschland engagiert und dort auch zwei Schulen gebaut. Die letzte war ein Gymnasium in der Stadt Mbour für 1.000 Kinder. Ich bin in beiden Welten zu Hause, in Europa und in Afrika.

**Wie war es, als dunkelhäutiges Kind in einer weißen, konservativen Umgebung in Niederbayern aufzuwachsen? Haben Sie damals Rassismus erlebt?**

Das wird oft erwartet, wenn ich das erzähle. Ich war damals das einzige schwarze Kind, man kannte so etwas wie mich sonst nicht. Aber mir ging es gut. Ich war ein Teil der Dorfgemeinschaft. Eben ein besonders lebendiger. Ich habe sehr schöne Erinnerungen an meine Kindheit auf dem Land und hatte immer großes Heimweh nach Niederbayern, wenn ich woanders war. Für mich war es erst einmal ein Kulturschock, nach München, in die Großstadt, zu ziehen. Die Menschen waren plötzlich anders. Das Leben fühlte sich anonym und kälter an, ganz anders als bei uns auf dem Dorf.

**Sie haben als Schauspieler gearbeitet. Und sind in die Politik gegangen, erst zur SPD, dann waren Sie in der CDU und CSU. Was hat Sie in die Politik gezogen?**

Ich war schon in meiner frühen Jugend politisiert. Das hatte damals, in den 70er-Jahren, auch mit dem Erstarken der Bürgerrechtsbewegungen in den USA und der Anti-Apartheitsbewegung in Afrika zu tun. Ich fühlte mich davon betroffen und identifizierte mich mit der Thematik Menschen afrikanischen Ursprungs in anderen Teilen der Welt. Meine politische Karriere begann in Afrika. Genauer gesagt in Äthiopien nach dem Ende des Mengistu-Regimes und meinem Ausstieg aus der Fernsehserie „Der Alte“. Ich arbeitete als Berater des



Schauspieler, Politiker und Autor: Charles M. Huber im Gespräch über seinen Weg in die Politik und das Verhältnis von Afrika und Europa. Foto: IMAGO / STAR-MEDIA

Tourismusministers, später auch im Senegal und habe mich gefragt: Warum sind die Deutschen nicht dort? Ich wollte eigentlich in keine Partei eintreten. Mir ging es vor allem um das Thema Wirtschaftskooperationen mit Afrika. Das ist mir bis heute wichtig, deshalb bin ich in der Politik.

**Sie haben ein Buch geschrieben, in dem Sie das Zusammenwirken von Europa und Afrika kritisieren. Sie halten darüber nun auch einen Vortrag in Sachsen. Können Sie umreißen, um welche Punkte es Ihnen geht.**

Es gibt nach wie vor keine Beziehungen auf Augenhöhe zwischen Europa und Afrika. Afrika ist nach wie vor der Hinterhof ehemaliger Kolonialmächte. Die Rohstoffe des Kontinents werden ausgebeutet, aber die Wertschöpfung findet nicht in Afrika statt. Das große Geld wird woanders verdient und füllt über Steuern die Budgets von Regierungen der Industriestaaten. Afrika speist man mit sogenannter Budgethilfe und Projekten unter Mitwirkung hochbezahlter, ausländischer Entwicklungsexperten ab. Dadurch werden in Afrika keine nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen geschaffen. Ich habe im Senegal in einem Fischerdorf gelebt. Ich kenne die Problematik allein aus der Fischerei, das ist nur eines von vielen Beispielen. Auf diesem Markt mischen viele Player mit, Russen, Chinesen, aber auch die EU. Viele Küsten in Afrika sind inzwischen leergefischt. Die Leute, die in der Region mit dem Fischfang auskommen müssen, können davon kaum noch ihr Leben bestreiten. Sie müssen woanders Geld verdienen. Einige werden Schleuser oder gehen als illegale Migranten in andere Länder, auch in die EU. Die illegale Migration nach Europa haben die Europäer durch ihre Handelspolitik zum großen Teil selbst verursacht.

### Ihr Vortrag hat den Titel „Gebt Afrika Arbeit, sonst kommt es zu euch“. Ist das bewusst provokant formuliert?

Ich habe schon von dem ein oder anderen als Vorwurf bei Veranstaltungen gehört, das sei ein rassistischer Spruch. Aber der Spruch kommt ja von den Afrikanern selbst: Wenn ihr nicht nach Afrika kommt, dann kommt Afrika zu euch. Das Thema Migration und deren wahre Ursache ist der Grund, warum ich das Buch geschrieben habe. Menschen verlassen Afrika, weil sie dort keine Lebensgrundlage mehr haben.



Präsidentenwahl im Senegal am 24. März 2024. Dabei gewann Oppositionskandidat Bassirou Diomaye Faye überraschend deutlich im ersten Wahlgang. Faye tritt für wirtschaftliche Souveränität und fordert die Neuverhandlung von Bergbau- und Kohlenwasserstoffverträgen. Foto: IMAGO / Le Pictorium

### Wie sollten sich Kooperationen zwischen Afrika und Europa verändern? Welche Vorschläge haben Sie?

Zu Beginn meines Mandats im Bundestag, wo ich in den Ausschüssen für Entwicklungs-, Außenpolitik und im Ausschuss für Wirtschafts- und Energieausschuss tätig war, luden mich einmal die afrikanischen Botschafter zu einem Sondergipfel ein, da ich einer der ersten zwei Bundestagsabgeordneten mit afrikanischen Wurzeln war und noch dazu aus einer bekannten afrikanischen Politikerfamilie stammte. „Herr Huber, helfen Sie uns,“ sagte man mir, „die Deutschen verstehen uns nicht.“ Niemand fragte dort nach sogenannten Hilfsprojekten oder Budgethilfe. „Kommen Sie mit ihren Firmen zu uns“, hieß es. Der deutsche Mittelstand, die kleinen mittelständischen Unternehmer müssen dort hin. Ich hoffe, dass solche Initiativen an Dynamik gewinnen. Die deutsche Afrikapolitik an sich kann man im Moment nicht gerade als vielversprechend

beziehungsweise zukunftsorientiert bezeichnen. Denn die Zahl und das Engagement der Mitbewerber auf dem Kontinent steigt weiter an.

### Sie fordern also, mehr wirtschaftliche Strukturen vor Ort auszubauen.

Das System, welches sich im Prinzip, von dem der Kolonialzeit nicht unterscheidet, muss ein Ende finden. Auch die dazugehörige Propaganda vom intellektuell unbegabten Schwarzen, die es immer noch gibt. Mit der man die Ausbeutung und wirtschaftliche Unterdrückung des Kontinents quasi legitimiert. Besonders Frankreich muss seine Afrika-Strategie neu überdenken. Das wird nicht einfach werden, zudem dadurch deutlich werden wird, wie abhängig man im Prinzip auch von Afrika ist. Dies gilt besonders für den Energiesektor, die Uranvorkommen Afrikas für die französischen Atomkraftwerke. Aber auch für den Absatz von hochsubventionierten Agrarprodukten aus Mitteln der EU, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der Afrikaner im eigenen Land eingeschränkt wird. Die europäisch-afrikanische Zusammenarbeit wurde den eigenen Leuten immer wieder in der Form kommuniziert, dass man den Afrikanern hilft, weil sie das nicht selbst können. Die jüngste Wahl im Senegal hat gezeigt, das junge gutgebildete Afrikaner diese Stigmatisierung und Kontrolle ihrer eigenen Ressourcen von außen nicht mehr hinnehmen wollen. Der gerade gewählte Präsident Bassirou Diomaye Faye, übrigens mein Nachname im Senegal, wurde von den jungen Wählern an die Macht gebracht, die mittlerweile die Mehrheit in den afrikanischen Ländern darstellt. Das kann auch in anderen Ländern Schule machen

### Migration ist in Europa eines der umstrittensten Themen in der Gesellschaft. Wie nehmen Sie die Stimmung in Deutschland wahr?

Diese Problematik hat viele Facetten. Einerseits wird ständig gesagt, dass man qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland braucht. Auf der anderen Seite gibt es in vielen Regionen und Teilen der Gesellschaft ein ablehnendes Klima, so dass sich Menschen aus anderen Ländern hier nicht willkommen fühlen. Ich habe viele solcher Erlebnisse gehört. Ich mache mir deshalb große Sorgen. Nicht nur um die Menschen, die von dieser Stimmung betroffen sind, sondern auch in Bezug auf Deutschland und seine Wirtschaft. Man kann nicht um Fachkräfte werben und zugleich Menschen aus anderen Kulturkreisen zum Spielball des politischen Diskurses machen. Das Ziel akademisch gebildeter Menschen wird somit weiterhin die USA bleiben, bleiben, auch für die Afrikaner und die Akademiker aus dem Mittleren Osten.

# Wir sind ein Team.

## Politische Bildung mit polnischen und deutschen Grenzschützern

Von Thomas Platz, veröffentlicht am 16. September im SLpB-Blog

Seit Jahren arbeiten Polnische Grenzschützer und Bundespolizisten in der gemeinsamen deutsch-polnischen Dienststelle Zgorzelec/Ludwigsdorf zusammen. Im August bestreiten sie zusammen ein Seminar, um sich über aktuelle politische Ereignisse zu informieren und zu debattieren. Dabei zeigen sich Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten.

Gemeinsame Streifen, feste und mobile Kontrollen auf den grenzüberschreitenden Verkehrswegen bis hin zur Überwachung des gemeinsamen Binnengrenzraumes im ländlichen Bereich gehören zu den Aufgaben der Grenzschützer in der Dienststelle Zgorzelec/Ludwigsdorf. Dabei muss man sich aufeinander verlassen können, diese Arbeit geht nicht ohne ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen und verlässlicher Kommunikation. Basis ist auch ein gemeinsames Auftragsverständnis. Warum und wie machen die polnischen und deutschen Kollegen den gemeinsamen Job? Die Frage nach dem gemeinsamen Selbstverständnis stellt sich besonders, wenn sich internationale Krisen und Konflikte an der Grenze auswirken. Migration ist das aktuelle Stichwort.

Dabei wird die Analyse von Krisen und Konflikte in einer zunehmend globalisierten und komplexen Welt immer herausfordernder. Täglich strömen unzählige Meldungen aus aller Welt und aus unzähligen Quellen auf uns ein: Doch was bedeuten diese Nachrichten konkret für unser Leben, unsere Region oder die Tätigkeit an der deutsch-polnischen Grenze?

An einem Vormittag im August 2024 bekommen die Grenzschützer Unterstützung von Dr. Christoph von Marschall, dem Diplomatischen Korrespondenten der Chefredaktion des Tagesspiegels. Mit großer journalistischer Erfahrung ordnet von Marschall tagesaktuelle Nachrichten wechselweise auf Deutsch und Polnisch ein und erläutert Hintergründe. Besonders wichtig in dieser Runde: von Marschall ist Experte für Osteuropa, spricht sehr gut Polnisch und kennt beide Perspektiven. Für seine Bemühungen um die deutsch-polnische Aussöhnung erhielt er den Verdienstorden der Republik Polen und den deutsch-polnischen Journalistenpreis.

Dieser Hintergrund und seine Erfahrungen in der politischen Bildung – von Marschall ist seit Jahren im Projekt Kontrovers vor Ort aktiv – begünstigen die oh-

nehin schon offene Atmosphäre an diesem Vormittag. Über drei Stunden wechseln sich Input, Fragen und Diskussionen munter ab. Hauptthemen sind der russische Krieg in der Ukraine, die bevorstehenden Wahlen in Sachsen und den USA sowie die Migrationslage.



Polnische Grenzschützer und Bundespolizisten mit Dr. Christoph von Marschall (ganz links) von der Chefredaktion des Tagesspiegels

Im Gespräch zeigen sich das gemeinsame Teamverständnis, aber auch verschiedene Prägungen, Perspektiven und Erfahrungen. Oberstabsführer Sebastian Derucki: „Ich denke, es ist wichtig, solche Veranstaltungen durchzuführen. Wir sind ein Team und möchten gemeinsam am Tisch sitzen, auf dem gleichen Wissensstand sein, gemeinsam Probleme lösen. Aber wir müssen schauen, wie bestimmte Situationen die deutsche und wie die polnische Seite wahrnimmt.“ Diesen Punkt unterstreicht auch Polizeihauptmeister Heiko Helbig, von Marschall habe die Themen von verschiedenen Seiten beleuchtet und ihm so neue Perspektiven gezeigt. Helbig kann sich „weitere politische Tage mit den polnischen Kollegen sehr gut vorstellen.“

Die Veranstaltung fand im Rahmen einer 2022 vereinbarten Kooperation zwischen dem SLpB-Projekt Kontrovers vor Ort und der Bundespolizei im Bereich der Ausbildung statt.

nesisch-buddhistische  
Gemeinschaft




**„Ich habe keinen Gott, aber ein Guru.“**

von ...

Im Jahr 2001 hat die japanische Buddhistin ...

Jüdische  
Gemeinschaft



**„In dem Moment, wo die Frau die Keule anrührt, beginnt der Schabbat.“**

von ...

Im Jahr 2006 wurde die jüdische ...



# Vielfalt in Sachsen sichtbar machen!

Von Marianthi Grohmann, Anne Katrin Kurz, Verena Böll,  
veröffentlicht am 2. September im SLpB-Blog

■ Haben Sie schon von der Eritreisch-Orthodoxen Tewahedo Gemeinde oder der islamischen Ahmadiyya-Gemeinschaft gehört? In der Wanderausstellung „Sichtbare Vielfalt. Religionen in Sachsen“ können Sie diese und sechs weitere Religionsgemeinschaften in Sachsen kennenlernen. 2024 war die Ausstellung in Dresden, Bautzen, Leipzig und Chemnitz zu sehen. Für 2025 sind weiter 16 Ausstellungsorte geplant. Bericht von der feierlichen Eröffnung im Dresdner Rathaus.

Gezeigt werden acht Gemeinschaften: die Eritreisch-Orthodoxe Tewahedo Kirche Dresden, die Polnische Katholische Mission Dresden - Bautzen, die Evangelische Kirchengemeinde Schleife / Slepó, die Ahmadiyya Gemeinschaft Zwickau, das Islamische Kulturzentrum der Bosniaken in Leipzig e. V., die Jüdische Gemeinde Chemnitz, die Indian Association Dresden e. V. und die Vietnamesisch-Buddhistische Gemeinschaft Bad Gottleuba-Berggießhübel. Für jede Religionsgemeinschaft gibt es eine von innen ausgeleuchtete Stele: vorn mit einem Porträt und auf der Rückseite mit einem weiteren Foto aus dem Gemeindeleben und Erläuterungen zur Gemeinschaft, zum Glauben und zum gelebten Alltag.

Fotos: Oliver Killig



## Acht Gemeinden im Porträt

Drei christliche, zwei muslimische und jeweils eine jüdische, hinduistische und buddhistische Gemeinschaft werden in der Ausstellung porträtiert.

Ein Lächeln huscht über ihr Gesicht. Sie sieht die vielen Besucher und Besucherinnen, die interessiert die Ausführungen zum geöffneten Toraschrein lesen.

Dr. Ruth Röcher, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Chemnitz ist bei der Ausstellungseröffnung in Dresden dabei. Sie freut sich, direkt mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Mit ihrem Gesicht, ihrem State-

ment und ihrer Stimme präsentiert Ruth Röcher hier in der Ausstellung ihre Gemeinde. Zu den insgesamt acht Porträtierten gehören auch der Imam Umer Malik aus Zwickau und Huong Thanh An aus Bad Gottleuba-Berggießhübel. Sie stehen stellvertretend für die Ahmadiyya Gemeinschaft und die Vietnamesisch-Buddhistische Gemeinde und sind ebenfalls bei der Eröffnung im Dresdner Rathaus dabei.



## Im Raum und digital

Begegnung und Gespräch, Dialog und Gemeinschaft – diese Themen spielten nicht nur am Abend der Eröffnung eine zentrale Rolle – sie sind auch Kern und Grundgedanke der Ausstellung und des weitreichenden digitalen Ergänzungsangebots, in dem unter anderem Videos-Interviews mit den acht Porträtierten gezeigt werden. In diesem Zusammenspiel werden Informationslücken geschlossen und die bislang wenig beachtete Vielfalt sächsischer Religionsgemeinschaften wird im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar gemacht.

Direkt in der Ausstellung gelangen die Besucher zu den digitalen Angeboten, über QR-Codes an jedem Aufsteller gelangen Interessierte zu den drei Bereichen „Begegnen“, „Erkennen“ und „Teilen“. Wer es aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht in die analoge Ausstellung schafft, findet alle Inhalte auch digital hier.



## Selfie-Station lädt zum Teilen ein

Wer will, hat außerdem die Möglichkeit, über Social Media weitere Diskussionspartner einzuladen: Dazu dient die Selfie-Station, vor der man sich als Teil der religiösen Vielfalt ablichten kann. Zwischen den Konturen aller Protagonisten und Protagonistinnen der Ausstellung entstehen dort Erinnerungen an den Besuch. Wer außerdem zentrale Figuren religiöser Gemeinschaften Sachsens mit nach Hause nehmen will, kann sich an den Postkarten bedienen.

Die acht im Kreis aufgestellten Stelen erschaffen und öffnen gleichsam den Raum zur Diskussion. „Umgeben von den acht Gesichtern fühle ich mich schon von der Atmosphäre her wie in einem Gesprächskreis“, erklärte eine Besucherin. Im Foyer des Dresdner Rathauses entstand am Eröffnungsabend darüber hinaus ein vielfältiges gemeinschaftliches Gespräch; sei es im Dia- oder Multilog.

## Es werde Licht! Eindrücke von der Eröffnung in Dresden

Als Geste der Eröffnung zerschneit Verena Böll kein Band – schließlich sollte hier der interreligiöse Zusammenhalt im Zentrum stehen –, sondern ließ alle acht Stelen mit den Porträts im selben Moment hell von innen beleuchten.

„Das Licht hat Symbolcharakter“, so Verena Böll, „es ist in allen vertretenen Religionen Träger positiver Er-

zählungen: In heiligen Schriften und religiösem Ritus spielen Begriff wie Erleuchtung, Licht des Lebens oder Lichtfest eine zentrale Rolle.“ Für die musikalische Untermalung sorgte die Gruppe „Coexist“ – nach eigener Beschreibung ein „Ensemble aus professionellen Musikerinnen und Musikern, die nicht nur durch ihre Leidenschaft für Musik, sondern auch durch ihre vielfältigen religiösen Hintergründe vereint sind“.



Lebhafte Gespräche bei der Eröffnung im Dresdner Rathaus. Im Foyer Goldene Pforte war im August die erste Station der Wanderausstellung, die nun bis Ende 2026 durch Sachsen tourt.



Das Programm der Band Coexist mit Danielle Akta am Cello, Duong Huyen Ly am Danbau und Dantranh. Sebastian Römisch am Klavier und Jawad Seif als Tenor ist durch vielfältige kulturelle und religiöse Traditionen geprägt.

## Spontane Geste bewegte das Publikum

Für Begeisterung sorgte der buddhistische Mönch Thich Quang Thuc aus Bad Gottleuba-Berggießhübel, der sich mit einer spontanen Gesangseinlage einbrachte. In seinem Lied ging es, wie Hoang Thanh An in einer schnellen Übersetzung bestätigte, um friedliches Zusammenleben.

Insgesamt zeigt die Ausstellung „Sichtbare Vielfalt – Religionen in Sachsen“, wie wichtig der Dialog zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen und der säkularen Gesellschaft ist. Sie stellt eine Plattform dar, auf der Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugungen miteinander ins Gespräch kommen und voneinander lernen können.

Die Ausstellung macht deutlich, dass Vielfalt und Offenheit wichtige Bausteine für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben sind. Sie lädt alle Besucherinnen und Besucher ein, sich auf dieses Abenteuer einzulassen und ihren eigenen Horizont zu erweitern.

*Die Autorinnen Marianthi Grohmann & Anne Katrin Johanna Kurz waren als studentische Hilfskräfte an der Erstellung der Ausstellung beteiligt. Sie haben an der Universität Leipzig unter anderem Indologie und Religionswissenschaft studiert. Ihre Recherchen, Interviews, Ihre Texte und Fachexpertise sind in die Ausstellung eingeflossen.*



Musikalische Lesung „Die Würde des Menschen ist unantastbar ... 75 Jahre – eine mahnende Liebeserklärung an das deutsche Grundgesetz“ mit Roman Knižka und dem Bläserquintett OPUS 45. Fotos: Matthias Rietschel



# Verfassungspatriotismus zwischen Freiheit und Verantwortung

► Sächsischer Landtag und Sächsische Landeszentrale für politische Bildung veranstalteten zum Jubiläum 75 Jahre Grundgesetz gemeinsam eine Feierstunde am 23. Mai 2024 im Sächsischen Landtag. Die Festansprache hielt Dr. Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Dr. Rößler,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrte Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung,  
sehr geehrte Frau Präsidentin i. R. des Verfassungsgerichtshofs des Freistaates Munz,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein herzliches Willkommen auch von Seiten der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung zur heutigen Feierstunde aus Anlass des 75. Geburtstages des Grundgesetzes. Es ist uns eine große Freude, diesen wichtigen Gedenktag – wie bereits vor fünf Jahren – erneut gemeinsam mit dem Sächsischen Landtag ausrichten zu können. Dafür gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, mein besonderer Dank.

Verfassungstage sind wie Wahltage Festtage der Demokratie und Wegmarken der Selbstvergewisserung einer Nation. An den einen Tagen erinnern und vergegenwärtigen wir uns die Grundlagen unseres Rechtsstaates – und an den anderen Tagen handeln wir als Citizens, indem wir über die Verteilung von Sitzen und damit von Macht in Parlamenten – und später auch in Regierungen – entscheiden. Insofern liegt unsere Veranstaltung sehr passend im Spannungsfeld zwischen dem heutigen Verfassungs- und dem nahen Wahltag am 9. Juni mit der Europawahl und den Kommunalwahlen.



Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Einheit waren der cantus firmus der Ausführungen des Herrn Landtagspräsidenten. Er hat die positiven Umfragewerte in der Bevölkerung genannt, doch zugleich gibt es in diesen Tagen eine intensive Debatte darüber, ob und in welcher Weise etwa die Funktionsweisen und der Status des Bundesverfassungsgerichtes besser abgesichert werden können, um es vor einem Eingriff demokratiefeindlicher Kräfte zu schützen, sollten sie jemals an die Macht kommen. Die verfahrenstechnischen und rechtspolitischen Eingriffe etwa der PiS-Regierung in Polen vor fast zehn Jahren haben natürlich aufforchen lassen und führten zu seiner Sensibilisierung in ganz Europa.

Es ist nicht meine Aufgabe, an dieser Stelle politische Vorschläge oder Hinweise zu geben, ob überhaupt oder in welcher Weise das Bundesverfassungsgericht rechtlich besser geschützt werden könnte. Das mögen berufenere Persönlichkeiten durchdenken und entscheiden.

Wichtig ist mir, gerade an diesem Tag heute etwas Anderes. Wichtiger als jede neue Regelung ist die feste Verankerung einer demokratischen Verfassungskultur in den Köpfen und Herzen der Menschen, eine kritische Öffentlichkeit, die zu den Grundwerten und zum Grundverständnis unseres Rechtsstaates steht und diesen verteidigt.

Der Heidelberger Politologe und Autor Dolf Sternberger hat diese Haltung, Herr Präsident zitierte es eben schon, als Verfassungspatriotismus bezeichnet. Die grundlegenden Ausführungen Sternbergers erfolgten übrigens 1982 bei der 25-Jahrfeier der Akademie für

Politische Bildung in Bayern, womit Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, durchaus einen Bezug sehen zu unseren Aufgaben in der politischen Bildung bis heute.

Sternberger skizziert in seinen Überlegungen das ambivalente Nationalempfinden der Deutschen seit dem 19. Jahrhundert. Er geht auf die Zäsuren und Verbrechen des 20. Jahrhunderts ein und beleuchtet die Entwicklung in der frühen Bundesrepublik West. Er verwirft einen militanten, exklusiven Nationalismus und versucht zugleich die Liebe zum Vaterland – oder heute würde man vielleicht auch sagen – zum Mutterland zu retten.

Um dies zu tun, wirft er einen normativen Anker tief in die Geschichte hinein und zitiert den Aufklärungs-Philosophen Thomas Abbt, der 1761 schrieb:

„Wenn mich die Geburt oder meine freie Entschlie-  
ßung mit einem Staate vereinen, dessen heilsamen  
Gesetzen ich mich unterwerfe,  
Gesetzen, die mir nicht mehr von meiner Freiheit ent-  
ziehen als zum Besten des Staates nötig ist, alsdann  
nenne ich diesen Staat mein Vaterland.“

Von Volk, Land, Geschichte, Kultur oder Traditionen ist also in diesem Musterbeispiel des verfassungspa-  
triotischen Staatsverständnisses nicht die Rede. Die  
normativen Eckpunkte sind jedoch klar: Das Indivi-  
duum tritt in ein Verhältnis zu einem Staat, dessen  
Gesetze in dem Sinne heilsam sein müssen, dass sie die  
Freiheit des Einzelnen befördern bzw. nur in einem mi-  
nimalen Maße einschränken. Gelingt diese Verbindung,  
werden der Sinn der Institutionen und die Abläufe der





Demokratie verinnerlicht und bejaht. Und erfüllt der demokratische Rechtsstaat auch die an ihn gesetzten Erwartungen, wird aus einem unpersönlichen Staat-Bürger-Verhältnis ein durchaus persönliches, emotionales, das man dann Liebe zum Vater- oder Mutterland nennen kann. Entscheidend für eine moderne Nation ist also der gemeinsame Wille.

1882 hat der französische Denker Ernest Renan die Frage: „Qu'est-ce qu'une nation? (Was ist eine Nation?)“ folgendermaßen beantwortet: „Die Nation ist eine große Solidargemeinschaft, die durch das Gefühl für die Opfer gebildet wird, die erbracht wurden und die man noch zu erbringen bereit ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus und lässt sich dennoch in der Gegenwart durch ein greifbares Faktum zusammenfassen: die Zufriedenheit und den klar ausgedrückten Willen, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Die Existenz einer Nation ist – wenn Sie mir diese Metapher gestatten – ein tägliches Plebiszit, wie die Existenz des Individuums eine ständige Bekräftigung des Lebens ist.“

Ein republikanischer Verfassungspatriotismus ist nicht geschichtsvergessen. Er setzt vielmehr auf eine kritische Aneignung und Reflexion der Geschichte – und nicht auf Geschichtsrevisionismus, der heute so unangebracht ist wie je zuvor. Renan benutzt den heute unpopulären Begriff des Opfers. Er fordert das Individuum heraus, sich in das Gemeinwesen einzubringen.

Ein derartiger Verfassungspatriotismus oder ein derartiges republikanisches Nationalverständnis zielt aber anders als ethnisch-kulturelles oder gar

völkisches Nationalverständnis nicht auf die Herkunft, sondern auf die Akzeptanz von Regeln, auf Verdienste bei der Ausgestaltung des Gemeinwesens. Er ist zukunftsbezogen, will gestalten und Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit finden.

Versteht man Verfassungspatriotismus als eine gestalterische Haltung, ist die oft gehörte Kritik an diesem Konzept als „erlebnisarm“, „verkopft“, „blutleer“, „akademisch“ eigentlich unverständlich. Es geht beim Verfassungspatriotismus ja nicht darum, die Artikel des Grundgesetzes auswendig rezitieren zu können.

Die Demokratie lebt vielmehr von Menschen, die Regeln und Verfahren mit Leben erfüllen und die demokratische Praxis wachsen lassen – auf den unterschiedlichsten Ebenen, die unseren Staat und unsere Gesellschaft prägen.

Verfassungspatriotismus kann deshalb in unserer Zeit, die noch sehr viel pluralistischer, diverser, säkularer, individualistischer und zugleich globaler und manchmal auch reichlich unübersichtlich ist, viel mehr, als es Dolf Sternberger 1982 hätte denken können, ein Angebot für eine moderne Gesellschaft sein, denn sie braucht Brücken und Brückenerbauer, die Verbindlichkeit herstellen und ein, von vielen geteiltes Selbstverständnis definieren.

Eine wichtige Voraussetzung einer lebendigen und liberalen Demokratie – oder man könnte auch sagen: ein Ausdruck des Verfassungspatriotismus – ist also die praktische Verantwortungsübernahme von Bürgerinnen und Bürgern in Staat und Gesellschaft.



Damit meine ich nicht in erster Linie im demonstrationsfreudigen Dresden die Artikulation von Protest, die ihr Recht hat, ich meine auch nicht die mal intelligenten, mal belanglosen und manchmal hetzerischen Auseinandersetzungen in den Sozialen Medien, so sehr ich die Meinungsfreiheit schätze.

Ich denke an das Engagement in Vereinen und Verbänden, in Gewerkschaften und Kirchen, in sozialen Einrichtungen, im Zivildienst und im Sport, in der Kultur und im internationalem Austausch. Ich denke an die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, an Engagement in den Kammern und Innungen sowie in anderen öffentlich-rechtlichen Gremien. Davon lebt unsere lebendige Gesellschaft. Und ich denke an das Engagement in Parteien und in der Politik. Mein Respekt gilt heute allen, die sich in diesem besonderen Wahljahr um ein Mandat bewerben. Aber lassen Sie mich hier und heute auch fragen: Ist Sachsen auf diesem Gebiet in einer guten Verfassung?

Die geringen Mitgliedszahlen der Parteien, aber auch der Gewerkschaften oder die wachsende Zahl der Kirchaustritte zeigen deutliche Herausforderungen an. Das zahlenmäßig überschaubare Engagement gerade in den sächsischen Parteien (im Nachbarland Tschechien ist es genauso) hat Gründe in der Diktatur und der Transformationserfahrung, aus der eine Art Enthaltensamkeit gegenüber Politik erwuchs und auch Distanz zum Parteiengagement.

Zudem erleben wir in den Sozialen Medien, dass Politik, Parteien, staatliche Institutionen schlechtgeredet werden. Wer meint, daraus Kapital zu schlagen, irrt sich. Langfristig schadet das Verächtlichmachen allen, auch den Absendern dieser Botschaften.

Die Bundesrepublik Deutschland lebt vom Engagement der Vielen. Demokratische Praxis ist der beste Verfassungsschutz. Dazu gehört auch parteipolitisches Engagement. Trotz mancher Gedankenexperimente in Wissenschaft und Medien möchte ich ganz klar unterstreichen: Die Bundesrepublik ist und bleibt auf Parteien angewiesen, sie bleibt eine Parteiendemokratie. Statt Parteien schlechtzureden braucht sie aktive Bürger, aber sie bedarf auch Strukturen in den Parteien, die ein Engagement der Bürger attraktiv machen.

Was wir also brauchen, ist ein neuer Aufbruch, neue vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Bürgern und Staat. Denn getrübt Vertrauen kann zurückgewonnen werden, Misstrauen kann überwunden werden, Menschen können sich aufeinander zu bewegen. Das wissen wir aus unserer Lebenserfahrung und das wissen wir aus der politischen Geschichte, die der Landtagspräsident eben zitiert hat – in Sachsen, in Deutschland, in der gesamten Welt.

Helfen kann auf dem Wege einer solchen Rückbesinnung auf unsere Verfassungsgeschichte vielleicht auch die Kunst, die wir gleich hören werden, in Wort und Bild. Roman Knižka und das Bläserensemble OPUS 45 werden uns Stationen der Verfassungsgeschichte noch einmal vor Augen führen.

Die Nation ist ein tägliches Plebiszit, schrieb Ernst Renan. Stimmen wir also heute, am Festtag unseres Grundgesetzes ab: für einen republikanischen Verfassungspatriotismus und ein Grundgesetz, das uns Freiheit schenkt und zur Verantwortungsübernahme motiviert.

Ich danke Ihnen!

# Impressum

## Herausgegeben von

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung  
Schützenhofstraße 36  
01129 Dresden  
✉ E-Mail: [info@slpb.sachsen.de](mailto:info@slpb.sachsen.de)  
🌐 Internet: [slpb.de](http://slpb.de)

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.  
Sämtliche Verwertung, auch auszugsweise, bleibt vorbehalten.

*Dresden, Juli 2025*

Druckexemplare sowie eine Online-Version sind abrufbar unter:  
**[www.slpb.de](http://www.slpb.de)**

## Redaktion

Thomas Platz, Telefon: 0351 / 85318-21

## Fotos

Wenn nicht anders angegeben: SLpB

## Satz und Gestaltung

CaroGraphics — [www.caro.graphics](http://www.caro.graphics)


---


## Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der SLpB im Rahmen ihres Auftrages herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

## **Sächsische Landeszentrale für politische Bildung**

Schützenhofstraße 36  
01129 Dresden

 0351 85318-0

 0351 85318-55

 [info@slpb.sachsen.de](mailto:info@slpb.sachsen.de)

 [www.slpb.de](http://www.slpb.de)



### **Öffnungszeiten der Publikationsausgabe und Bibliothek:**

Montag	09:00–11:30 Uhr
Dienstag	09:00–11:30 und 13:00–16:00 Uhr
Mittwoch	13:00–16:00 Uhr
Donnerstag	14:00–18:00 Uhr

LANDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE  
BILDUNG



Freistaat  
**SACHSEN**